

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13898. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Wiedergutmachungs-Frage. Vor neuen deutschen Vorschlägen.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Reichskabinett hat gestern die inoffizielle Aussprache über das neue deutsche Angebot in der Reparationsfrage begonnen. Minister Simons hat von seiner Schweizer Reise auf Grund von Mittelsungen und Eindrücken, die er erhalten hat, den prinzipiellen Entschluss mitgebracht, in der Reparationsfrage mit der Politik der Passivität, die seit der Londoner Konferenz befolgt worden ist, zu brechen und die Initiative zu neuen Verhandlungen auf Grund neuer deutscher Vorschläge zu ergreifen. Ueber Form und sachlichen Inhalt dieses Angebotes sind bisher noch keinerlei Beschlüsse gefasst worden.

Berlin, 12. April. Die Reichsregierung hat die Führer der Regierungsparteien nach Berlin berufen, um mit ihnen wegen der in Aussicht genommenen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Entente über die Reparationsfrage Fühlung zu nehmen.

Die Aussichten.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der anscheinend recht gut informierte Korrespondent der Volkszeitung in Paris erklärt, daß man ihm versichert habe, daß die deutschen Vorschläge nur dann auf Annahme rechnen können, wenn die Pariser Beschlüsse darin grundsätzlich als Basis für die Lösung des Problems anerkannt würden. Der Vorschlag einer deutschen Anleihe zur sofortigen Auszahlung eines größeren Betrages nach grundsätzlicher Anerkennung der Pariser Summe könnte auf Annahme rechnen. Auch Vorschläge für deutsche Beteiligung am Wiederaufbau durch Stellung von Arbeitskräften und Lieferung von Materialien aller Art würden trotz der ablehnenden Haltung einflussreicher Kreise in Frankreich auf Annahme rechnen dürfen, sofern die deutsche Regierung die früheren Einwände der französischen Regierung berücksichtigt und auf jeden Versuch, solche Bedingungen zu stellen, die von Paris als unannehmbar bezeichnet würden, verzichtet.

Das Berliner Tageblatt läßt sich gleichfalls durch seinen Pariser Korrespondenten ein längeres Telegramm zuwenden. Dieser hat offenbar mit einer amerikanischen Persönlichkeit gesprochen. Diese habe ihm erklärt, daß in Berlin ein Vorschlag erwogen werde, der in hohem Maße das Kapital heranziehe und zu gleicher Zeit gewisse Zukunftshoffnungen sichere (?). Im übrigen aber weilt der Gewährsmann darauf hin, daß die Vorschläge nicht etwa allein mit Frankreich zu rechnen hätten, sondern auch mit England, Japan, Belgien und Amerika. Es sei unmöglich, die Mittelrien etwa gegeneinander auszuspielen, aber es sei auch klar, daß über die Methoden der Zahlung unter den Alliierten verschiedene Ansichten herrschen.

Der Vorschlag des Proletariats.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Reichstagsfraktion der USPD hat folgende Interpellation eingebracht: „Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen zur Begleichung der zwischen den Ententeregierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstandenen Differenzen, deren Fortbestehen zur Geltendmachung neuer Sanktionen ausgenutzt wird? Ist die Regierung insbesondere bereit, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von den Delegierten folgender drei der Internationalen sozialistischen Arbeitergemeinschaft angeschlossenen Parteien, der sozialdemokratischen Partei Frankreichs (französische Sektion der Arbeiter-Internationale), der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands entworfen wurden, wie auch der Internationale Gewerkschaftsbund ein das gleiche Ziel verfolgendes Ausgleichsprogramm entworfen hat?“

Sardings Vorschlag.

Ankündigung des Friedens mit Deutschland. — Eine Verbeugung vor dem Pazifismus.

Washington, 12. April. (Meuter.) Präsident Harding billigt in seiner Vorkchaft an den Kongress die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine auserdliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt werden. Der Präsident erklärt mit Bestimmtheit, die Vereinigten Staaten würden sich dem bestehenden Völkerbunde nicht anschließen, fügt aber hinzu: Wir sehen, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unter Preis, eine Vereinigung (Association) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, den Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.

Washington, 12. April. In seiner Vorkchaft führt Harding aus, er lege dem Wunsche nach Abklärung hinreichend gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den andern Nationen zu diesem Ziele zusammenzuwirken; aber die einfachste Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurufen.

Die Einwohnerwehr-Gefahr.

Debatte im bayerischen Landtags-Kaushausauschuß.

München, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Einwohnerwehrdebatte im Kaushausauschuß

des bayerischen Landtages legte Ministerpräsident v. Kahr ausführlich seinen besonnenen ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage dar. Er betonte, daß er in seiner Auffassung durch die jüngsten Ereignisse in Mitteldeutschland nur noch bestärkt worden sei. Der Referent der USPD, Genosse Garcia, legte in fast zweistündiger Rede die Verantwortlichkeit der bayerischen Regierung für die Zulassung der europäischen Reise und Katastrophe dar. Er wies an Hand eines reichen, auf Urkunden gelehnten Materials einwandfrei den militärischen, politischen und reaktionären Charakter der bayerischen Einwohnerwehr nach, sowie die Tatsache, daß die Einwohnerwehr die reale Macht in Bayern sei und Parlament und Regierung nur Scheinfaktoren darstellten, deren Souveränität dauernd durch die Einwohnerwehr gefährdet sei. Nach Desterreich findet dauernd ein umfangreicher Waffenumschlag durch die Einwohnerwehr unter Billigung staatlicher Organe statt. Die Einwohnerwehr treibe eine eigene aktive Außenpolitik, die eine dauernde Gefahr für Bayern und Deutschland darstelle. Die Regierung hat zwar die Einwohnerwehr Beschlüsse einer öffentlich-rechtlichen Institution verliehen, habe aber keinerlei Einfluß auf die Zusammensetzung und ihre Tendenzen. Die Ausrichtung des Nachrichtendienstes der Einwohnerwehr stehe dem alten Heer nichts nach. Nicht nur die in Waffen ausgebildeten Wehrmänner haben ihre regelmäßigen Schießübungen, sondern auch junge achtzehnjährige sogenannte „Junakühnen“ werden neuerdings mit der Waffe ausgebildet. Die Enthaltungen des Genossen Garcia wurden von den bürgerlichen Parteien mit betrübter Aufmerksamkeit entgegen genommen. Die Sitzung wurde auf Mittwochvormittag vertagt.

Das Münchner Gewerkschaftshartell gegen die Kahr-Reaktion.

München, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern abend wurde in einer Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes nach einer längeren Aussprache über die politische Lage einstimmig ein Protest gegen den Ausnahmezustand und gegen die Anwendung der Schußhaft und der Unterdrückung der Presse und Versammlungsfreiheit angenommen. Die Resolution verurteilt die unbefugte Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheit, insbesondere die Beseitigung der Schußhaftkammer.

Ein „Geschäftsministerium“ Stegerwald.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Ministerpräsident Stegerwald hat die Bildung des preussischen Kabinetts bis heute eifrig gefördert. Es scheint, daß es ihm im Laufe des heutigen Tages gelingen wird, das Kabinett zustande zu bringen. Nachdem der Versuch, ein Ministerium aus Deutscher Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten gescheitert ist, vor allem durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten, hat er sich entschlossen, eine Art Geschäftsministerium zu bilden. In diesem Ministerium behielten die Sozialdemokraten die Minister Braun, Seevering und Haenisch, nur der Minister Lüdemann scheidet aus. Braun gibt sein Landwirtschaftsministerium ab und übernimmt dafür das Amt eines Vertreters der preussischen Regierung im Reichsrat, mit dem wahrscheinlich auch die Vizepräsidentenschaft im Staatsministerium verbunden werden wird. Der Minister Jahnke und Fischel behalten ihre Ministerien, auch der Minister Stegerwald verbleibt im Wohlfahrtsministerium neben dem Ministerpräsidenten. In das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium werden Beamte berufen werden. Der Vorwärts setzt sich heute morgen dafür ein, daß Braun das Finanzministerium übernehmen soll. Als Landwirtschaftsminister wird der bisherige Staatssekretär Kamm genannt.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz des Herrn Heilmann macht heute ausführliche Angaben über die angebliche Bindung des Ministerpräsidenten Stegerwald. Danach hat der Abgeordnete Dr. Försch in Gegenwart von Linbergh, Heilmann, Dominikus Schreiber und Gronowski erklärt, daß der Ministerpräsident verpflichtet sei, sein Amt zurückzugeben, wenn letzten Endes die Sozialdemokratie sein Kabinett als unannehmbar ablehne. Diese Bindung sei auch später noch mehrfach durch andre Abgeordnete der Zentrumsparlei bestätigt worden.

Die Rechtssozialisten wollen durch diese Veröffentlichung beweisen, daß sie nicht etwa vorbehaltlos ihre Zustimmung zur Wahl eines Ministerpräsidenten gegeben haben, der ein Kabinett unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei bilden wollte. Den Wert ihrer Behauptungen wird man erst feststellen können, wenn Stegerwald geantwortet hat. Die Zentrumspressstellen haben bisher stramm erklärt, daß keinerlei Bedingungen eingegangen worden seien. Man darf also auf die weitere Auseinandersetzung gespannt sein.

Wie die über die Vorgänge in der Sinnespartei wohl gut informierte Telegraphen-Union mittelt, lehnt die Deutsche Volkspartei ein Kabinett ab, in dem die alten Koalitionsparteien durch politische Minister, sie selbst aber nur durch ihr politisch nahegehende Fachminister vertreten sein sollte.

Der Klassenkampf in England.

Noch ehe die Bergarbeiterchaft Englands zu ihrem großen Abwehrkampf rüstete, hat Lord George in einer Rede die große Macht geschildert, die die Arbeiterchaft darstellt, und die benötigt werden solle, „um die ganze Gesellschaft in Stücke zu reißen.“ Der seit Anfang April der Bergarbeiterchaft aufgezwungene Kampf hat bereits Formen und Umfang angenommen, die ihn weit über einen gewöhnlichen Lohnkampf hinausheben und nicht nur die englische Gesellschaft, sondern das ganze Wirtschaftsleben erschüttern. Rein äußerlich betrachtet handelt es sich bei diesem Kampf um Lohnfragen; in Wirklichkeit aber geht es um die Existenzmöglichkeit der gesamten englischen Lohnarbeiterchaft. Die Lohnkämpfe in England sind im letzten Jahrzehnt immer mehr zu politischen Machtkämpfen geworden, was nicht zueht bezeugt, daß sich dort große Veränderungen in der Stellung von Englands Wirtschaft auf dem Weltmarkt zeigen. Auch der diesmalige Kampf hat bereits großen Umfang angenommen und beide Gesellschaftsklassen, Unternehmer und Ausgebeutete einander scharf gegenübergestellt. Was sich schon während des Krieges als besonderes Merkmal der englischen Kämpfe gezeigt hat, tritt auch diesmal wieder in Erscheinung, daß, sobald die Arbeiterchaft eines bedeutenden Industriezweiges in den Kampf tritt, andre sofort mit auf den Plan gerufen werden. Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter führen solbbarisch den Abwehrkampf gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Lebenslage der englischen Arbeiterchaft.

Die großen Streiks während des Krieges haben dazu geführt, daß der Bergbau unter Staatskontrolle gestellt, daß der Preis für Kohlen, daß die Löhne und der Unternehmerprofit durch die Regierung festgesetzt wurden. Diese Verträge sind jetzt zum 1. April abgelaufen und die Unternehmer haben alles daran gesetzt, daß sie nicht verlängert werden. Sie schreckten auch nicht davor zurück, die Bergarbeiterchaft auszusperrten. Denn darum handelt es sich bei dem jetzigen Kampfe. Das englische Kapital ist im verflohenen Jahre gegen die Zwanoswirtschaft solange Sturm gelaufen, bis es erreicht hat, daß die Privatwirtschaft wieder eingeführt wurde. Gegen die Stimmen der Arbeitervertreter hat das Parlament die Zwangswirtschaft für den Bergbau aufgehoben und die Bergwerksbesitzer haben sich diesen Beschluß zunutze gemacht, um die Verlängerung der bestehenden Lohnverträge zu verhindern. Schon seit Monaten tobt in der Öffentlichkeit zwischen Unternehmern und Arbeitern ein großer Kampf wegen der Löhne. Die Unternehmer wollen sie auf die Vorkriegszeithöhe herabsetzen, die Arbeiter haben das Bestreben, sie aufrechtzuerhalten oder sie noch zu erhöhen. Bei den Bergarbeitern entbrannte nun der Kampf. Die Unternehmer machten Kurzschnel und sperrten nach dem 1. April die Arbeiter aus, die sich ihrem Diktum nicht fügen wollten. Man kann also nicht von einem Streik, sondern von einer Aussperrung sprechen. Die Arbeiterchaft fühlte sehr wohl, daß, wenn es den Kohlenkapitalisten gelänge, ihren Willen durchzusetzen, dies dann auch Lohnföhrungen in andern Industriezweigen zur Folge haben würde. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben in Konferenzen ihrem Willen ungewiebigt dahin Ausdruck gegeben, daß sie in einen Kampf eintreten, sobald den Forderungen der Bergarbeiter nicht Rechnung getragen werde. Diese Stellungnahme hat die Lage in England außerordentlich verschärft. Die Regierung stellte sich zunächst auf den Machtkampfpunkt, mobilisierte das Militär und erließ Aufrufe zum Schutze der „bedrohten“ Industrie, damit die Notstandsarbeiten verrichtet würden. Die Bergarbeiter wurden in der Öffentlichkeit hingestellt als Menschen, die die Bergwerke erkaufen lassen wollten, nur um einen Druck auf die Unternehmer auszuüben. In Wirklichkeit waren sie gar nicht in der Lage, Notstandsarbeiten zu verrichten, da sie ja ausgesperrt waren und die Werkplätze nicht betreten durften.

So verschärfte sich der Kampf täglich, ja man kann sagen, stündlich. Als die Transportarbeiter und Eisenbahner ihren Willen so unzweideutig kundgaben, daß sie in einen Generalausstand treten, lenkte die Regierung ein, indem sie Verhandlungen zwischen den Bergunternehmern und den Arbeitern vermittelte. Die Verhandlungen sind das Uebliche und sie endeten bisher immer mit einem Kompromiß, was vielfach zu der Auffassung führte, als ob sich die Arbeiterchaft einseifen ließe. Auch der diesmalige Kampf wird früher oder später, selbst wenn er noch größeren Umfang annehmen sollte, mit einer Vereinbarung enden, denn er wird nicht der Endkampf sein. Was ihm aber das besondere Gepräge gibt, sind seine Ursachen. Die englische Kohlenproduktion befindet sich in einer großen Krise, was schon die große Zahl arbeitsloser Bergarbeiter andeutet. Seit Monaten, so berichten bürgerliche Blätter, müssen große Teile der Bergarbeiterchaft Feierlichkeiten machen, hausenweise Entlassungen gehen nebenher. Nach bürgerlichen Blättern sind allein in Südwales 40 000 Bergarbeiter arbeitslos. In andern Bezirken sieht es nicht viel anders aus. Es ist schon etwas Alltägliches, daß Bergarbeiter-

familien ihre letzte Habe verkaufen, nur um sich Lebensmittel zu verschaffen. Die sich seit Monaten steigende Arbeitslosigkeit und Not der Bergarbeiter hat ihre Ursache in den Wirkungen des Verfallens der Kohlen. Danach und nach den Forderungen von Spa muß Deutschland bestimmte Mengen Kohlen an die Entente, besonders aber an Frankreich, liefern, was zur Folge hat, daß die englische Kohlenproduktion schwer geschädigt wird. Frankreich war das Hauptabgabegbiet für die englische Kohle, und jetzt ist es ihr durch die deutsche Kohle versperrt. Dazu kommt, daß der englische Kohlenmarkt noch von amerikanischer Kohle überflutet wird, was die Krise im englischen Bergbau und damit die große Arbeitslosigkeit verschärft. Der Bergarbeiterabgeordnete Hartorn hat diese Tatsache im Unterhause am 5. April besonders hervorgehoben, indem er sagte: „Das sind die Folgen von Versailles und Spa, sie haben den Markt für unsern Kohlenexport gänzlich versperrt.“ Betretenes Schweigen auf Seiten der Regierung und der bürgerlichen Vertreter war die Antwort. Die Kohlenausfuhr aus England ist von Monat zu Monat gesunken, von 6 Mill. Tonnen pro Monat in der Vorkriegszeit auf 1,75 Mill. Tonnen vor der jetzigen Krise. Die Exportpreise sind in Jahresfrist von 100 bis 135 auf 47 bis 60 Schilling gefallen. Die Lager werden riesenhoch. Die englischen Unternehmer sehen nun aus dieser Krise keinen andern Ausweg, als daß sie die Löhne der Arbeiter soweit herabsetzen, daß sie mit ihren Kohlen Konkurrenz treiben können, was, wenn es ihnen gelänge, eine völlige Verelendung der Arbeiterschaft zur Folge haben müßte. Gegen diesen Ausweg wehrt sich die englische Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Kraft.

Auf die Anklage Lloyd Georges, daß die Arbeiter das Leben der Nation bedrohen, antwortete der Dreihund der Arbeiterschaft mit einer Kundgebung, in der es heißt:

Wenn den Bergarbeitern nicht ein Angebot gemacht wird, dessen Annahme ihre Verbündeten im Arbeiterdreibund ihnen empfehlen können, wird die Einstellung der Arbeit der Eisenbahner- und Transportarbeiter beginnen. Die Verantwortung der Regierung für die augenblickliche Lage sei sogar größer als die der Bergwerksbesitzer. Der Premierminister habe die organisierte Arbeiterschaft angeklagt, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Wenn das Leben der Nation bedroht sei, so sei es das nicht durch die Arbeiterschaft, sondern durch Lloyd George und durch die Regierung, deren Haupt er sei. Die Arbeiterschaft werde zu der Auffassung gebracht, daß die augenblickliche Regierung kein unparteiischer Schlichter in industriellen Verhandlungen sei, sondern ein aktiver und geheimer Parteigänger, und daß sie, während sie vom Frieden rede, durch ihr Verhalten zum Krieg ermutige. Außer der Einberufung der Reserve habe die Regierung noch eine freiwillige Streiktruppe gebildet als Werkzeug, das gegen die organisierte Arbeiterschaft angewandt werden solle. Dadurch habe sie eine ernste Verantwortung auf sich genommen, Blutvergießen und Bürgerkrieg heraufzufordern.

Katzenclaud spielt auch in dem diesmaligen Kampfe die Rolle der Verleumdung wieder eine große Rolle. Die bürgerlichen Blätter wissen von Terrorakten der Ausgepeinigten zu berichten. In Wirklichkeit ist es gerade der ruhigen und besonnenen Haltung der Arbeiterschaft zu verdanken, daß der Kampf bisher unblutig verlaufen ist. Das Aufgebot des Militärs, die Aufrufe zum Streik hätten der Arbeiterschaft allerdings Anlaß geben können, sich gegen die Terrorakte der Regierung zu erheben. Ueber den augenblicklichen Stand der Verhandlungen berichtet die Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung folgendes:

Berlin, 13. April. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: Ganz im Gegensatz zu der noch vor wenigen Stunden herrschenden Stimmung unter den Führern der Arbeiter wird jetzt plötzlich ein Entschluß der Streikleitung gemeldet, daß der Arbeiterdreibund den Beginn des Generalstreiks wieder verweigert. Auf den Bahnhöfen befinden sich Anschläge mit dieser Meldung. Die Industrie in England hat heute ihren Höhepunkt erreicht. Die Grubenbesitzer und Bergarbeiter hielten eine Besprechung ab, der Lloyd George aufmerksam folgte. Die Grubenbesitzer machten den Bergarbeitern folgendes Angebot: 1. Nach anfänglicher beharrlicher Weigerung die verlangte Beteiligung am Vertrag der Gruben, 2. Jähren sie vor die Zeit von den Arbeitern verlangten einheitlichen nationalen Lohnstarif und die Teilung des Landes in verschiedene größere Distrikte, die gute und schlechte Gruben in gleicher Weise umschließen; es sollen Kommissionen eingesetzt werden, die dann die Höhe des Lohnes auf der Grundlage der Produktivverhältnisse festsetzen, 3. Ist die Grubenbesitzer den Bergarbeitern finanzielle Hilfe bis zum Ankauf für die wenig einträglichsten Gruben, die sonst geschlossen werden müßten.

Vor dem Abbruch der Verhandlungen?

London, 12. April. Die Reuters amtl. Mitteilung ist die Konferenz der Bergarbeiter und Grubenbesitzer vertagt worden. Nach einer weiteren amtl. Bekanntmachung haben die Bergleute die Vorschläge der Regierung abgelehnt. Die Führer der Bergleute erklären, man sei von einer Beilegung der Streitigkeiten noch weit entfernt.

London, 13. April. (L.A.) Der Vorsitzende des Bundes der Bergwerksbesitzer hat Dienstag Abend gesagt, daß die Verhandlungen nicht glücklich sind. Er erklärte, daß die Bergwerksbesitzer den Arbeitern alles, was sie konnten, angeboten haben und daß er die Bergarbeiter aufgefordert habe zu beweisen, daß die Industrie mehr liefern könnte.

London, 13. April. (Reuters.) Die Bergarbeiter haben dem Dreihund mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht mit einer Hoffnung auf Einigung wieder aufgenommen werden können. Sie fügten hinzu: Der Punkt ist erreicht, an dem der Verhandlung mit Handeln beginnen muß. Man erwartet die Entscheidung erst Mittwoch Abend.

Die Ausnahmegerichte an der Arbeit.

Die Ausnahmegerichte haben überall ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Urteile rechtfertigen das Vertrauen, das die revolutionären Kräfte, die eine Kacheljustiz gegen die Arbeiter fordern, in sie gesetzt haben. Sie sind Schreckensurteile im schärfsten Sinne des Wortes, wie die folgende, keineswegs lächerlose Zusammenstellung der in den letzten Tagen ergangenen Urteile der Ausnahmegerichte beweist.

Vor dem Erfurter Sondergericht hatten sich Montag nachmittags die Urheber des Dynamitanschlags auf die Eisenbahnstrecke Erfurt-Gotha, in der Nähe von Erfurt, zu verantworten. Von den Angeklagten, die angeblich sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei sind, wurde einer zu sechs Jahren, zwei zu sechs und einer zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt; außerdem erhielten alle vier zehn Jahre Ehrenrechtsverlust.

In Essen an der Ruhr wurde der Parteisekretär der K.P.D. Wilhelm Reichhausen aus Gelsenkirchen wegen eines Auf-

rufs, der zu bewaffneten Aufstand aufgefordert haben soll, zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. In Hamburg verurteilte das Ausnahmegericht einen kommunistischen Jugendgenossen, weil er der Aufforderung der Spio, sich zu entziehen, nicht Folge leistete, zu zwei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Göttmann, Otto Gulben, Scheel, Rothner, Wehrenberg, Weilandt, Friedrich Gulben, die am 28. März einen bewaffneten Hausen geleitet und sich zum Teil im Besitz von Waffen befunden haben sollen, wurden zu Zuchthausstrafen von 1 bis 3 Jahren und zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt.

In Nordhausen hat das Ausnahmegericht sieben Angeklagte zu insgesamt 4 1/2 Jahren Zuchthaus, 23 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 16 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Den Angeklagten wurde kaum Zeit gelassen, sich zu verteidigen. Der Rechtsanwalt Herzfeld-Berlin, der gegen die Einbürgerung der Verteidigung protestierte, wurde aus dem Saale gewiesen.

Auch in Halle hat das Ausnahmegericht neue Urteile gefällt. Die Arbeiter Ropp und Kasper aus Teutschenthal waren beschuldigt, sich einem bewaffneten Hausen angeschlossen, Einbruch und Diebstahl begangen zu haben. Die Angeklagten führten an, in Teutschenthal sei am 28. März ausgebrochen und ausgefallen worden: „Jeder Mann von 18 bis 45 Jahren hat sich sofort zu stellen, sonst wird er wegen Feindschaft vor dem Feinde mit dem Tode bestraft. Dem k. Kommandant, dem während des Aufstandes in Mitteldeutschland militärischer, Sowjetischer „Kommissar“. Sie haben in dieser Eigenschaft sämtliche Aufrufe erlassen und tatsächlich in allen Orten die allgemeine Wehrpflicht (!) verkündet. Die Angeklagten wiesen beweiskräftig nach, daß sie unter dem Zwang ihrer sogenannten Vorgesetzten gehandelt hätten. U. a. mußten sie aus einer Grube vier bis fünf Zentner Sprengstoff requirieren und an dem abliefern. Beide Angeklagte wurden wegen Vandalenbenedens und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu je 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Der Arbeiter Vogel aus Ober-Teutschenthal hatte dem kommunistischen Gefängnisbesitzer keine Folge geleistet, er wurde am Sonntag bei einem Spaziergang am „Großen Hauptquartier“ in Teutschenthal festgehalten und zum Tode nicht verurteilt. Strafe: 7 Monate Gefängnis. Der Dienstreiter Hoppe, ein Stehgehöriger, der noch nie ein Gewehr in der Hand hatte, mußte ebenfalls Folgen tragen. Strafe: 3 Monate Gefängnis. Der Fischer Bötcher aus Halle, der zufällig in Teutschenthal war, mußte mit einer Vogelkiste vor dem „Großen Hauptquartier“ in Teutschenthal die Kinder wegjagen. Strafe: 10 Monate Gefängnis.

Ueber die Tätigkeit des Ausnahmegerichts in Berlin wird berichtet: Der 17 Jahre alte Mechanikerlehrling Müller, der neun Rote Fahnen mit der Aufforderung zum Generalstreik verteilt hatte, erhielt drei Wochen Gefängnis unter Aufsicht einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt. Die 21 Jahre alte Arbeiterin Frieda Stodt, die ein Plakat des kommunistischen Aktionsausschusses angeklebt hatte, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf drei Monate geklungen. — Wegen Anklagen von Zetteln, in den Generalstreik einzutreten, erhielt der Eisenarbeiter Otto Schulz, gegen den der Staatsanwalt ebenfalls drei Monate beantragte, ein Monat Gefängnis. — Die 21 Jahre alte Frau Erna Göde hatte eifrig Nummern der Rote Fahne verkauft. Antrag: zwei Monate Gefängnis; Urteil: ein Monat Gefängnis. Ebenfalls wegen Verkaufs der Rote Fahne erhielt der arbeitslose Maschinenarbeiter Paul Rosten einen Monat Gefängnis.

Kraft jedes einzelnen der ungeheuerlichen Urteile, die fast ausschließlich irregelmäßig Arbeiter betreffen, stellt eine wichtige Anklage gegen die verfassungswidrige Einrichtung der Ausnahmegerichte dar. Mit allem Nachdruck muß deshalb gefordert werden, daß die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert sofort aufgehoben und damit der Tätigkeit der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter ein Ende gemacht wird.

Die Krise in der B. A. P. D.

In ihrer Sonntag-Morgenausgabe macht die Rote Fahne Mitteilung von einer Tagung des Zentralkomitees, die mit Annahme eines Vertrauensvotums für die neue Zentralkomitee beschlossen worden sein soll. In Wirklichkeit kann aber kaum von einem Vertrauensvotum gesprochen werden, denn von 63 Delegierten haben nur 26 der Zentrale ihr Vertrauen ausgesprochen, während 14 ihre Stimmen gegen das Vertrauensvotum einlegten und 18 sich der Abstimmung enthielten. Die von der Zentralkomitee errechnete Zweidrittelmehrheit ist also nur scheinbar und läßt auf neue starke Verhältnisse der Konflikte innerhalb der B.A.P.D. schließen, die bereits zum Ausschluß des Mitglieds Sievers der neuen Zentrale geführt haben.

Gleichzeitig gibt die Rote Fahne noch eine Reihe von Zeitfäken über die Märzaktion bekannt, die ebenfalls von dem Zentralkomitee angenommen worden sind. Das Stimmenverhältnis ist hier nicht angegeben. Die Rote Fahne schreibt nur von einer „erdrückenden Mehrheit“. Diese „Beifälle“ überlagern sich geradezu in Widersprüchen. Jeder kann daraus entnehmen, was er will. Eindeutig ist nur ihr letzter Passus. Es heißt da wörtlich:

Der Zentralkomitee ersucht ferner die Zentrale, die organisatorischen Prinzipien und Organisationsfragen der B.A.P.D. strenger als bisher anzuwenden, um eine größere Einheitslichkeit und Stabilität der Partei herbeizuführen. Der Zentralkomitee ermächtigt die Zentrale, Parteimitglieder, die bei Aktionen gegen Gruben und Taktik der Partei, sowie gegen Beschlüsse und Anweisungen der Zentrale handeln, sofort aus der Partei auszuschließen, wogegen es nur eine Berufung an den Zentralkomitee gibt.

Das heißt mit andern Worten: die Opposition soll aus der B.A.P.D. ausgeschlossen werden. Wer nicht pariert und wer nicht den hirnlosen Karolen der Stoeder-Brandler blind und widerspruchslos Folge leistet, der muß fliegen. Man will also wahrhaben, was schon bei der letzten Tagung des Aktionsausschusses von einem Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees gefordert worden ist. Dieser hatte damals ausgeführt, daß, wenn notwendig nicht ein, sondern zehnmal zur Spaltung geschritten werden müßte.

Auf eine neue Spaltung der B.A.P.D. weist übrigens auch ein Artikel im Kommunismus, der österreichischen Zeitschrift der kommunistischen Internationale, hin. Dort heißt es:

Der Konflikt in der B.A.P.D. zeigt am Beispiel deutlich, daß nach der Überwindung des Opportunismus, nach der Trennung von den Opportunisten neue Fragen von schwerster Bedeutung auftauchen; daß die Zentralkomitee nur durch eine Krise im kommunistischen Lager selbst gelöst werden kann. So wird die Spaltung in Verbanen erklärt. Die Ironie der Geschichte will es, daß gerade jene Kommunisten ausgemerzt werden sollen, die bisher selbst die Ausrottung der Zentralkomitee mit so großem Eifer betrieben haben. Die Kräfte, die sie selbst so unermüdlich gekämpft haben, richtet sich nun gegen sie selbst.

Der 1. Mai — Vollzugstermin.

Eine neue Brandrede Belands.

Paris, 12. April. (L.A.) Im Laufe der gestrigen Sitzung der Kammer ergiff anfänglich der Besprechung von Kreditministerpräsident Brian das Wort. Er erklärte: „Die Stunde ist reifer, wo man über Deutschlands Zahlungsfähigkeit heruntdiskutieren konnte. Nach zweijähriger Geduld erwarten wir keine Worte mehr, sondern nur noch Taten. Unser Entschluß ist gefaßt. Am 1. Mai wird sich Deutschland dem Vertrag gegenübersehen, den es unterzeichnet hat.“ — Der Ministerpräsident erklärte, daß Frankreich einen Zahlungsbefehl in den Händen habe. Der Ge-

richtvollste würde auftreten, wenn der Schuldner sich widerwillig zeigte und der Geldarm den Gerichtsvollzieher befehligen. Am 1. Mai ist der Vollzugstermin; zusammen mit unsern Alliierten werden wir uns zum Reparationskommissionen.

Vor der Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 13. April. (L.A.) Der Vortag der deutschen Delegation in der Reparationskommission ist beendet. Die Reparationskommission wird jetzt ihre endgültigen Beschlüsse fassen. Nachdem sie die Prinzipien aufgestellt haben wird, verbleibt der Kommission nur noch, diese auf die einzelnen Staaten anzuwenden, die bekanntlich bereits am 11. Februar eine Liste der von ihnen erklärten Kriegsschäden der Kommission übergeben haben. Hierauf wird die Festlegung der Gesamthöhe der deutschen Schuld beauftragt werden.

Paris, 12. April. Der Petit Parisien schreibt, daß die Summe, die die Reparationskommission als Gesamtschuld Deutschlands festsetzen werde, jedenfalls den Betrag von ungefähr 100 Milliarden Goldmark erreichen werde. Aus dieser Lastlage schließt das Blatt, daß etwa ein Drittel Deutschlands weniger annehmenbar denn je sein würde, denn Deutschland könne nicht zu bewerkeln, daß es sich jetzt nicht darum handle, eine Abkürzung zu erwirken, sondern die Bezahlung seiner gesamten Schuld. In dem genannten Betrage käme übrigens noch hinzu, daß die Reparationskommission am 1. Mai feststellen werde, daß Deutschland von den 20 Milliarden Goldmark, die vor dem 1. Mai fällig seien, nur 8 Milliarden gezahlt habe.

Geringe Sympathien für die Einfuhrabgabe.

Paris, 11. April. Havas zufolge hat der Finanzausschuss der Kammer heute nachmittags mit drei gegen zwei Stimmen beschlossen, den Regierungsentwurf betr. die 50prozentige Einfuhrabgabe auf Waren deutschen Ursprungs zur Diskussion zu stellen. Von den 44 Mitgliedern der Kommission waren nur 13 anwesend, von denen sich 8 der Abstimmung enthielten. Diese letzteren sowie die beiden Abwesenden, die gegen eine Diskussion stimmten, begründeten ihre Abstimmung damit, daß sie ihre Parteipolitik hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen der geplanten Maßnahme und besonders bezüglich der Verteilung der erhobenen Steuern hätten zum Ausdruck bringen wollen.

Erleichterungen der englischen Reparationsbill.

Berlin, 12. April. Aus London wird gemeldet, daß das Board of Trade zwei Verordnungen erlassen hat, die gewisse Erleichterungen der Durchführung des Wiederherstellungsgesetzes gewähren. Insbesondere wird der Termin für die Einfuhr der vor dem 8. März ds. J. in Deutschland gekauften Waren bis zum 15. Mai hinausgeschoben, vorausgesetzt, daß mindestens 20 Prozent des Kaufpreises vor dem 8. März gezahlt wurden und das Eigentumsrecht an den Waren von diesem Tage auf einen nichtdeutschen Staatsangehörigen übergegangen war.

Keine Beilegung deutscher Beamter bei der Durchführung der Sanktionen.

Berlin, 12. April. (L.A.) Zu der Frage, ob deutsche Beamte zur Durchführung der Sanktionen im Rheinland zur Verfügung gestellt werden sollen, gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Schuler in der Dienstags-Sitzung des Reichswirtschaftsrates die Erklärung ab, daß dies aus vaterländischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Man könne deutschen Beamten nicht zumuten, unter Umständen gegen das vaterländische Interesse tätig zu sein.

Die französischen Kommunisten und der Wiederaufbau.

Paris, 11. April. Der leitende Ausschuss der kommunistischen Partei hat gestern mit Vertretern des Aufbaubesitzes eine Konferenz abgehalten. Marcel Cachin teilt in der Symphonie mit, es seien neue Beschwerden vorgebracht worden, so daß die Partei sich veranlaßt sehe, eine umfassende Untersuchung zu veranstalten, um die Arbeiter von ganz Frankreich über das zu unterrichten, was er einen Stand annehme. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die erwähnte Untersuchung und eine neue Konferenz mit Vertretern des Aufbaubesitzes für den 8. Mai anberaumt wird.

Gegen den Imperialismus der Verbündeten.

Washington, 11. April. (L.A. Tel.) Von maßgebender Seite wird bekanntgegeben, daß die Politik der Vereinigten Staaten folgende Richtlinien verfolgen wird: Die Regierung der Vereinigten Staaten wird ihren ganzen Einfluß ausüben, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeiten Zahlungungen zu leisten, und für die Schäden aufzukommen, die der Krieg Betal und Frankreich zugefügt hat. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Berechtigung der französischen Sanktionen gegen Deutschland anerkennt, so glaubt sie doch, daß Deutschland nicht ausgebeutet werden sollte, sondern daß Frankreich seine Hilfe zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen leisten sollte, womit ein Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde.

Die Vereinigten Staaten würden alle aggressiven Maßnahmen, die nur den Imperialismus befruchtigen und wahrscheinlicherweise dauernden Kassenhaß sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unratig verwerfen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt voller Benuztung die derzeitigen Nachwehen des Krieges, aus denen sich ungewissheit die Lasten ergibt, daß im Augenblick nirgendwo in der ganzen Welt ein unparteiischer Gerichtshof besteht, dem die sittlichen Probleme zum Zweck eines Schiedspruches unterbreitet werden könnten. Die Vereinigten Staaten beschäftigen nicht, irgendwelche Rechte aufzugeben, die ihnen als klassischer Teilnehmer am Weltkriege und als Teilhabern an dem erfolgreichen Ausgange des Kampfes zustehen.

Die Antwort auf die amerikanische Mandatsnote.

London, 12. April. Wie aus Washington gemeldet wird, haben Großbritannien und Frankreich auf die Note des Staatssekretärs Hughes über das Vap-Mandat geantwortet. Die Antwort Englands soll vorläufiger Art sein. Nach einer andern Meldung aus Washington hat England den Vereinigten Staaten vertrauliche Vorstellungen gemacht, um eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen im Zusammenhang mit dem in San Remo getroffenen Petroleumabkommen zu erzielen.

Nach dem Rezept der alliierten Sachverständigen.

Verfümmelung der Brauntweinsteuer!

Wie die Dena von unterirdischer Seite erfährt, soll das beschriebene Brauntweinmonopolgesetz einer Umarbeitung unterzogen werden, wobei in erster Linie die Absicht maßgebend ist, ungleich höhere Beträge für den Reichsstaat durch die Erhebung der Abgaben zu erzielen. Es ist in Aussicht genommen, von dem zu regelmäßigen Verkaufspreisen abgesehen und von dem zur Ver-

Paris, 12. April. Ein Kablelegramm des Sonderberichterstatters des Matin in New York Stephane Lauzanne berichtet, die Antwort der französischen Regierung auf die Note der amerikanischen Regierung betreffend die Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonien habe befriedigt.

Nach dem Rezept der alliierten Sachverständigen.

Verfümmelung der Brauntweinsteuer!
Wie die Dena von unterirdischer Seite erfährt, soll das beschriebene Brauntweinmonopolgesetz einer Umarbeitung unterzogen werden, wobei in erster Linie die Absicht maßgebend ist, ungleich höhere Beträge für den Reichsstaat durch die Erhebung der Abgaben zu erzielen. Es ist in Aussicht genommen, von dem zu regelmäßigen Verkaufspreisen abgesehen und von dem zur Ver-

Stellung von Monopolberechtigten verwerflichen Branntwein ein
Neinnehme von mindestens 4000 Mk. für 100 Liter Weingeist
an die Reichskasse abzuführen, während die gegenwärtige Be-
lastung 800 Mk. für 100 Liter Weingeist beträgt. Die Festsetzungen
für den nicht zu Monopolberechtigten bestimmten
Branntwein soll um mindestens 30 Prozent höher bemessen wer-
den, als für den Monopolbranntwein. Man nimmt an, daß diese
Mindestbelastung einen Rückgang im Branntweinverbrauch ins-
oweit nicht zur Folge haben wird, als der Verbrauch lediglich von
der Steuerhöhe bedingt ist (?). Der zukünftige Verbrauch, unter
Berücksichtigung der mitwirkenden ungünstigen Momente, wird
auf 400 000 Hektoliter veranschlagt, so daß sich eine Einnahme von
1,6 Milliarden ergeben würde. Vor dem Kriege war der Ver-
brauch an Branntwein zu Trinkszwecken mehr als doppelt so hoch,
brachte aber als Einnahmequelle dem Reich viel geringeren
Nutzen, als es künstlich der Fall sein dürfte, wenn die Belastung
um das Fünffache gesteigert wird.

In der Tat, man kann der Regierung eine gewisse Großzügigkeit
nicht absprechen: Eine Steigerung der Zuckersteuer um das Sechsfache
folgt eine Erhöhung der Reichseinnahmen aus dem Brannt-
weinmonopol um das Fünffache! Wie merkwürdig diese Energie
in der Erledigung der indirekten Steuern von der Nachgiebigkeit
und Energielosigkeit der Regierung, wenn es sich um Besteuerungen
handelt, absteht!

„Landestruer“ für die verstorbene Exhallerin.

Damit bei den Hymnen, die die bürgerliche Presse von den
Deutschnationalen bis zu den Demokraten auf die verstorbene Ex-
hallerin Augusta Viktorja Anst, auch der Stich ins Komische nicht
fehlt, hat die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei
angeordnet, daß bis zum Tage der Beisetzung alle öffentlichen Ver-
anstaltungen der Partei unterbleiben, daß sich die Parteifreunde
auch im übrigen von lauten Vergnügungen und Festlichkeiten fern-
halten, bei politischen Versammlungen der Trauer Ausdruck geben
und den Tag der Beisetzung möglichst überall im Lande mit
Trauerfeiern begehen.

Und wie sehr auch die republikanisch-preussische Regierung mit
ihrem „sozialdemokratischen“ Einschlag Braun, Severing, Henrich
und Ademann bereits unter dem deutschnationalen Banner steht,
erhebt aus dem Umstand, daß sie in allen preussischen Kirchen
Gedenkstunden für Augusta Viktorja er-
laubt hat. Erwartet die republikanisch-preussische Regierung
etwa, daß diese Erlaubnis zu einem allgemeinen Trauergelübde
für die Republik ausgenutzt wird?

Um den Habsburger.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus
Paris meldet die Deutsche Allgemeine Zeitung: Die un-
garische Regierung hat am Montag durch Vermittlung der
schweizerischen Gesandtschaft in Wien dem Bundesrat eine
Note überreicht, in der sie zur Kenntnis bringt, daß sie Ex-
kaiser Karl als rechtmäßigen König von Ungarn
betrachtet und derselbe nur durch äußere Umstände an der Aus-
übung seiner Herrscherrechte verhindert sei. Sie richtet dem-
gemäß an den Bundesrat das Ersuchen, dem König von
Ungarn den Aufenthalt auf schweizerischem Ge-
biet zu gestatten. Der schweizerische Bundesrat hat sich in
seiner gestrigen Sitzung bereits mit dieser Note befaßt. Eine
endgültige Entscheidung wird jedoch erst nach Prüfung aller in
Betracht kommenden Fragen getroffen werden, und zwar, wie
die schweizerische Presse betont, unter ausschließlicher Rück-
sichtnahme auf die schweizerischen Interessen.

Die Verluste der Griechen.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus
Konstantinopel wird gemeldet: Die griechischen Armeen haben
auf ihrem Rückzug nahezu 12 000 Mann verloren, eine große
Menge Artilleriematerial ist den Türken in die Hände gefallen.
Die Besetzung unter den griechischen Truppen ist ziemlich ge-
wichen. Ohne wesentliche Verluste wird es den griechischen
Truppen nicht gelingen, die Rückwärtsbewegung zum Stehen zu
bringen, da die Türken frische Truppen aus dem Kaukasus ein-
halten haben.

Belagerungszustand in Griechenland?

Athen, 13. April. (H.) Sounaris erbat am Dienstag
von der Nationalversammlung die Ermächtigung, den
Belagerungszustand zu verhängen, worüber die
Nationalversammlung am heutigen Mittwoch beraten wird.

Erivan von den Sowjettruppen zurück- erobert.

Moskau, 8. April. Wie ein Manifest der armenischen Sowjet-
regierung mitteilt, ist die Hauptstadt Armeniens, Erivan, die
vorübergehend von den Dschaken erobert worden war, von
den Sowjettruppen zurückerobert worden.

Zollunion zwischen Rußland und Weißrußland.

Moskau, 8. April. (H.) Der kürzlich abgeschlossene Vertrag
zwischen der Sowjetregierung und Weißrußland erkennt die volle
territoriale Souveränität beider Vertragsparteien an und
sieht den Zusammenschluß zu einer Zollunion vor.

Deutschland.

Flugverbot für deutsche Flieger im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung
über die Regelung der Luftfahrt in den besetzten Gebieten erlassen.
Darin ist das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit deutschen
Flugzeugen oder mit Flugzeugen, die mit deutschen Flugschul-
führern besetzt sind, bis auf weiteres nicht gestattet. Beste deutsche
Luftfahrtskationen dürfen im besetzten Gebiet nicht mehr erichtet
werden. Ferner ist das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit
Flugzeugen die nicht den Besatzungsbehörden angehören, ohne be-
sondere Erlaubnis der Rheinlandkommission verboten. Ferner
unterliegt eine Verordnung die Ausfuhr abgerichteter Brief-
tauben aus dem besetzten Gebiet und ihre Einfuhr.

Hochverratsverfahren gegen die rote Fahne.

Wie das Volkliche Bureau mitteilt wird gegen den verant-
wortlichen Redakteur der roten Fahne, deren Dienstag-Morgen-
ausgabe wegen des Artikels „Die Denterkult“, der sich mit den
Sondergerichten befaßt, beschlagnahmt worden war, das
Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden.
Als verantwortlicher Redakteur der in Frage kommenden Nummer
zeichnete der Landtagsabgeordnete Schölem. Zur Durchführung
des angeklagten Strafverfahrens wäre also die Aufhebung der
Immunität und die Genehmigung des Landtages zur Strafver-
folgung erforderlich. Nach einer Meldung aus Berlin ist die rote
Fahne Mittwoch früh wieder erschienen, obwohl am Dienstag die
Notationsmaschine beschlagnahmt worden sind.

Die Drittedung der Banknoten aufgehoben.

Der Reichsrat hat eine Novelle zum Bankgesetz ge-
nehmigt, in der die in den letzten Jahren zu ganz formaler Be-
deutung herabgesunkenen Drittedung für einen Zeitraum von
drei Jahren aufgehoben werden soll. Die Novelle wird beim Zu-
sammentreten des Reichstages im Parlament behandelt werden.

Das Gesetz über die Drittedung verbannt einer von sozia-
listischer Seite längst schon widerlegten nationalökonomischen Auf-

fassung seine Entschiedenheit, als ob der Wert der Banknoten mit der
Höhe der „Deckung“ in Zusammenhang stehe. Es wäre Zeit, daß
das veraltete und auf falschen Voraussetzungen beruhende Gesetz
gänzlich aufgehoben wird.

Kleine Auslandsnachrichten.

Frankreich räumt Cilicien.

Nach einer Neutermeldung ist der englischen Regierung auf
ihren Wunsch der Wortlaut des französischen Vertrags mit den
türkischen Nationalisten überreicht worden. Auch ist die britische
Regierung mit den allgemeinen Richtlinien des Vertrags zwischen
Italien und den Kemalisten vertraut gemacht worden. Der Ver-
trag mit Großbritannien sieht die militärische Räumung Ciliciens vor,
während der Vertrag mit Italien in der Hauptsache wirtschaft-
liche Fragen regelt.

Der Militarismus in England.

London, 12. April. Dem Parlament wurde gestern ein Nach-
tragsetat unterbreitet, der eine Vermehrung der Mannschaften um
300 000 Mann für das Heer und 10 000 Mann für die Luftstreit-
kräfte vorsieht. Dadurch wird die Seeresstärke auf die Gesamtszahl
von 641 000 Mann erhöht.

Zuckerbrot und Peitsche.

Nach dem Befannten Regent Bonaparte verucht die spanische
Regierung, die mit den brutalsten Gewaltmitteln gegen die Arbeiter-
schaft wütet, die empörten Arbeiter jetzt mit dem Zuckerbrot der
Sozialreform zu belästigen. Wie aus Madrid gemeldet wird,
kündigt das Ministerium folgende sozialpolitische Entwürfe an:
Arbeiterpensionen, Arbeiterwohnungen, Industriefürsorge in
Bilbao, Reform der Arbeiterunfallversicherung, Ratifikation der
Beschlüsse des Washingtoner Arbeits-Kongresses, Regulierung der
Arbeitsverträge, Schaffung von Berufsgewerkschaften, Reform der
inneren Kolonisation und Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung.

Sächsischer Landtag.

44. Sitzung. Dienstag, den 12. April.

Der Ministerpräsident läßt mitteilen, daß in der Stadt
Falkenstein für längere Zeit eine Hundeschik untergebracht wor-
den ist, die erst zurückgezogen werden kann, wenn Gewähr für
dauernde Ruhe gegeben ist.

Der Landtag bewilligt das Kapitel
Landwirtschaftliche Versuchsanstalten
des Nachtragsetats mit 696 700 Mk. und bei dem Kapitel
Straßen- und Wasserbauverwaltung
die Einnahmen mit 3 060 000 Mk. und die Ausgaben mit
4 074 078 Mk.

Hierbei bemerkt Abg. Schirch (H. Soz.), daß seine Fraktion
sich vorbehalten müsse, beim Hauptetat noch einmal Nachforschun-
gen anzustellen, wie sich die Wirtschaftsweise des Staates beim
Straßenbau gestaltet.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über
Aufhebung der Anweisung an die Polizeibehörden zur Ver-
käufung der Kontributate.

Abg. Wähling (H. Soz.) erstattet Bericht des Rechtsausschusses
und führt aus, daß sich beim Rechtsausschuß bei den sozialistischen
Parteien Unstimmigkeiten über die Aufhebung der Anweisung er-
reichten hatten, als die Richtlinien der Regierung herausgelassen
waren, die, obwohl in veränderter und milderer Form die Polizei-
behörden doch ermächtigen, wieder einzugreifen. Die bürgerlichen
Parteien standen vollständig auf dem Boden der Richtlinien der
Regierung, während die sozialistischen Parteien sich gegen diese
Richtlinien erklärten. Die Gegner dieser Richtlinien erklärten
daß sie diese für vollständig überflüssig halten, weil sie sich doch nur
gegen die Besitzlosen richten. Durch eine Zusammenkunft
der Bürgerlichen im Rechtsausschuß (zwei der sozialistischen Ab-
geordneten mußten dringend verreisen) kam ein Antrag des
Rechtsausschusses zustande, der verlangte, die Vorlage abzulehnen
sowie ferner den Antrag auf Aufhebung der Anweisung und den
Antrag des Abg. Müller-Leipzig (H. Soz.), die Richtlinien aus
der Vorlage zu entfernen, ebenfalls abzulehnen.

Trau Abg. Wilmann (Dnkl.) sprach in auf der Presseklub-
gründung unverständlichen Ausführungen davon, daß ihre
Parteiliebe von christlichen und ethischen Standpunkte das
Kontribut verwerfen, daß unser Volk versuchen müsse, aus dem
materiellen Tiefstande herauszukommen und seine Kinder zur Sit-
lichkeit heranzuziehen.

Zur weiteren Beratung kommt der Antrag der unabhängigen
Fraktion auf

Änderung der Hebammenordnung, der Dienstanweisung für
Leichenfrauen und Unterlegung der Ueberschiffe von kirchlichen
Friedhofverwaltungen.

Abg. Menke (H. Soz.):
Die Kirche hat es stets verstanden, ihren Einfluß auf die Ge-
haltung der Gesehe auszuüben. Und die Regierungen waren stets
genötigt, den Wünschen der Kirche gerecht zu werden. Das geht
auch aus den Verordnungen hervor, die wir aufzuheben wünschen.
So müssen zum Beispiel die Hebammen ein Zeugnis abgeben
mitbringen, das gemeinsam mit dem Ortsparter abzufassen
ist. Ferner besteht die Verordnung, daß die Hebamme dafür zu
sorgen hat, daß die Geburten der Kirche gemeldet werden. Sie
soll weiter darauf sehen, daß Kinder innerhalb der gesetzlichen
Frist von sechs Wochen getauft werden. Wenn Lebensgefahr be-
stehen sollte, hat sie die Rotttaufe vorzunehmen. Sie werden zu-
geben, daß diese Bestimmungen in unserm Zeitalter abso-
lut nicht mehr hineinpassen, wo Tausende aus der Kirche ausgetreten
sind. Deshalb beantragen wir

eine Abänderung der Hebammenordnung in der Richtung vorzu-
nehmen, daß die Hebammen in Zukunft nicht mehr verpflichtet
sind, Hilfsdienste usw. für die Kirche zu leisten.

Gleichzeitig beantragen wir auch
die Dienstanweisung für Leichenfrauen vom 7. Februar 1911 dahin
abzuändern, daß die Leichenfrauen in Zukunft bei Befähigungen
nicht mehr dem antikerenden Geistlichen unterstehen
und daß sie nicht mehr gehalten sind, eine Abschrift des Leichen-
bestattungsbescheides usw. dem Pfarramt zu überliefern.

Das Wichtigste ist aber wohl der Antrag,
Mahnahmen zu ergreifen, wonach es den kirchlichen Friedhofs-
verwaltungen untersagt wird, für diejenigen, die nicht der Kirche
angehören, eine besondere Zeit für die Beisetzung festzusetzen, un-
verhältnismäßig hohe Gebühren für die Beisetzung dieser Personen
zu fordern und zu drohen, daß Diszidenten nicht auf den kirchlichen
Friedhöfen beckett werden können.

Die Leichenbestattung liegt im Interesse der Öffentlichkeit. Die
Kirche erhöht nicht nur die Gebühren für die Friedhofsbüchse, son-
dern sie ist auch dazu übergegangen, die Gebühren für die Be-
setzung des Leichenraumes auf das Doppelte hinaufzuschrauben,
obwohl ihr doch gerade hier keine besonderen Ausgaben erwachsen
sind. Man hat ferner bestimmt, daß Leute, die sich selbst entseid
haben, nur an ganz bestimmten Plätzen beigesetzt werden und daß
sie ebenfalls nur bis morgens 8 Uhr begraben werden dürfen.

Minister des Innern Bipinski: Die Staatsregierung erklärt
sich bereit, dem Antrag entsprechend und in Berücksichtigung der
veränderten Rechtsverhältnisse der Kirche diejenigen Bestimmungen
aufzuheben, die den Hebammen und Leichenfrauen Berufs-
pflichten gegenüber der Kirche auferlegen.

Kultusminister Fleißner: Zu Ziffer 6 des Antrages (Ueber-
nahme der Religionsgesellschaften) will ich bemerken, daß überdies
auch eine Reihe von Eingaben an das Ministerium gekommen sind,
die sich in der gleichen Richtung bewegen. Scharfe Differenzen
zwischen der politischen Gemeinde und den Kirchenvorständen sind
oft entstanden und es ist nicht zu bestreiten, daß ein dringendes
Bedürfnis zur Neuordnung dieser Verhältnisse vorliegt. Ich

bedenke folgende Verordnungen herauszugeben: Bei Bestattungen
auf den Bestattungsanlagen alles zu vermeiden, was die Empfin-
dungen Anderdenkender verletzt. Es gilt dies sowohl für Mit-
glieder der Religionsgesellschaften als für Nichtmitglieder. Die
Religionsgesellschaften sind nicht berechtigt, besondere Bestattungs-
zeiten für Nichtmitglieder festzusetzen, können jedoch dafür sorgen,
daß die Bestattungen nicht nebeneinander stattfinden. Auch soll
nicht mehr die Genehmigung des Geistlichen eingeholt werden,
wenn am Grabe Neben von Nichtmitgliedern der Kirche gehalten
werden wollen. Ferner soll Gleichheit der Begräbnisgebühren
einsetzen. Der Friedhof ist eine öffentliche Angelegenheit des
Staates (Verhörer Protest bei den Bürgerlichen). Ich glaube,
daß durch dieses Vorgehen der Regierung alle berechtigten Wünsche
des Antrages erfüllt sind.

Abg. Müller-Leipzig (H. Soz.): Ich ziehe den Antrag zurück,
da er durch die Erklärungen der Minister Bipinski und Fleißner
überholt ist.

Abg. Iller (Dnkl.): Meine Fraktion hält den Antrag auf-
recht, damit wir Gelegenheit haben, diese Angelegenheiten, die
uns sehr gebohen worden sind, im Ausschuß zu besprechen.

Abg. Wagner (Dnkl.): Mit diesem Antrag hätte man warten
können, bis die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt
worden sei.

Die Friedhöfe wären Eigentum der Kirche. Die Religions-
gesellschaften seien bisher nicht engherzig gewesen. Aber sie hätten
auf den Friedhöfen zu bestimmen und es sei ungerade, wenn Leute,
die keine Kirchensteuern bezahlen, zu den gleichen Gebühren
wie die Mitglieder der Kirche begraben werden. Das sei nicht
vornehm. Außerdem widerspreche die von Minister Fleißner beab-
sichtigte Verordnung der Reichsverfassung.

Kultusminister Fleißner: Ich habe nicht nötig, mich mit
Herrn Abg. Wagner über vornehme Gefinnung zu unterhalten.
Wie kommen die Religionsgesellschaften dazu, die Gebühren in
dieser unerhöhten Weise zu erhöhen? Dieses provozierende Ver-
fahren hat Unzufriedenheit im Lande ausgelöst. So lange ich auf
dieser Stelle stehe, werde ich tun, was ich für notwendig halte.
Der Herr Vorredner hat sich auf den rein formalen Gesichtspunkt
beschränkt. Ich habe betont, was jeder vernünftige Mensch zu-
geben muß, daß die Friedhöfe an sich den Charakter einer öffent-
lichen Einrichtung haben. Bei den Maßnahmen handelt es sich
um ein Uebergangsstadum, bis die Trennung der Kirche vom
Staat endgültig erfolgt ist. Später müssen die Friedhöfe doch
öffentliches Eigentum werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag dem
Rechtsausschuß überwiesen.

Die Kommunisten haben folgende Anfrage eingebracht:
„Sind der Regierung die Zustände in der Landeshauptstadt
Chemnitz-Mitendorf bekannt, die zu lebhaften Klagen und zu
einem Streik geführt haben? Was gedenkt sie zur Abhilfe zu
tun?“

Minister des Innern Bipinski: Ich habe mit Herrn Minister-
präsidenten Bud die Anstalt besucht und habe mir die Ein-
richtungen genau angesehen. Und ich kann nur sagen, daß ich er-
starrt war über den

außerordentlich musterartigen Betrieb.

Ich habe sowohl die Kinder im einzelnen als die Pflegerinnen ge-
fragt, ob sie irgendwas Beschwerde zu führen haben. Das haben
sie verneint und das Befinden der Kinder war so zufrieden, daß ich
den vielen Proletariatskindern nur einen Teil dieses freundlichen
Unternehmens gegnnd hätte. Viele der Beschwerden, die in dem
von Abg. Siwert angeführten Artikel erwähnt wurden, greifen
noch auf das Jahr 1918 und 1919 zurück. Es sind eingehende Er-
örterungen vorzunehmen worden und so wurde festgestellt, daß die
Beschwerden jeder Unterlage entsprechen. Gegen den Vorwurf der
Korruption hat der Beamtenauschuß einmütig Beweismittel ein-
gelegt. Auch der Elternrat hat sich mit der Ansehenshaft befaßt
und der Anstaltsleitung das Vertrauen ausgesprochen. Daß die
Eltern irgendwie verhindert würden, sich politisch zu betätigen,
ist unrichtig.

Sollten sich irgendwelche Mängel bemerkbar machen, so werde
ich immerfort alles tun, ihnen abzuwehren.

Nach weiterer unwesentlicher Ansprache ist der Gegenstand
erledigt und die Sitzung beendet.

Mittags Sitzung: Dienstag, 12. April, 1 Uhr. Tagesordnung:
Nachtragsetat. Antrag Köllig über die Vorlage der Studien-
schaft. Antrag Arzt auf Disziplinarverfahren gegen Herrr Fried-
rich und Antrag Arzt. Pehrmanfall der Fortbildungsinhaber betreffend.

Von Nah und Fern.

Schweres Grubenunglück bei Bochum.

Bochum, 12. April. Auf der Zeche Konstantin der
Große ereignete sich eine Explosion, die 5 Personen verletzt wurden.
Eben, 12. April. Von den bei der Grubenexplosion auf der
Zeche Konstantin der Große Verletzten ist noch einer gestorben.
Von den fünf Verletzten ist der Zustand bei zweien noch bedenklich.

Verabreichung von Eisenbahnjägern.

TU. Hersfeld, 12. April. Zwischen den Stationen Hersfeld
und Oberhausen wurden vor einigen Tagen aus einem Güterzuge
mehrere große Kisten mit rund 30 000 Zigaretten geworfen,
die von unbekanntem Personen aus einem bereitstehenden Wagen fort-
geschoben wurden. Bei den von der Bahnpolizei des Bahnamtes
Fulda nach den Tätern angestellten Ermittlungen, bei denen der
größte Teil der Zigaretten in einem Walde verstreut wieder an-
gefunden wurde, ist man auf eine organisierte Bahnberaubung
größten Stils gestoßen, in die eine große Anzahl von Personen
verwickelt sind. Als Haupttäter ist ein auf dem Bebraer Bahnhof
beschäftigter Arbeiter ermittelt und verhaftet worden.

Gestrandeter Passagierdampfer.

Bremen, 12. April. Die Rettungsstation Amrum-Nord der
Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert
am 11. April: Von dem Dampfer Auguste Viktorja, Kapitän
Hansen, gestrandet am Föhrender See, mit Passagieren
von Dagebüll nach Hörnum bestimmt, 64 Personen gerettet durch
Motorrettungsboot Väder der Station.

Von Einbrechern erschossen.

TU. Altenburg (S.-M.), 12. April. In Bänitz an der Weisse
gerieten zwei Räuber, die in das Anwesen des Gutbesizers
Kirchten eingebrungen waren, in die Mägelammer. Der auf das
Geschrei der Diensthöten herbeieilende Besitzer wurde durch
einen Schuß zu Boden gestreckt und starb bald darauf.
Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Eine Spiritusbrennerei durch Brandstiftung vernichtet.

Kolzig, 13. April. In der Nacht vom Sonntag wurde die
große Spiritusbrennerei des Gutsbesizers Klotz zu Preßlin bei
Gröitz durch Feuer vollständig vernichtet. Es liegt Brandstiftung
vor. Außer sämtlichen wertvollen Maschinen sind in den oberen
Speicherräumen noch 300 Zentner Saler, 800 Zentner Roggen,
200 Zentner Kleie, 100 Zentner Mats und für 6000 Mark Wolle
verbrannt. Der Täter wurde nicht ermittelt.

Das Geheimnis

alle Hautkrankheiten und Hautausschläge,
wie Milzeer, Finnen, Blüthen, Hautkreb, Pickel, Pusteln usw.,
zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten
Friedenroth-Feinseife.

Friedenroth-Feinseife.
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inhaltsteil:
Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. April.

Parteiangelegenheiten.

Parteilistung, Kartell, Stadtverordnete, Ausschuss des Sportkartells. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Kolonnade).

Groß-Leipzig. Die Kreis-Generalversammlung findet Sonntag, den 17. April, früh 9 Uhr im Volkshausaal statt. Zutritt haben nur die gewählten Delegierten. Der Hauptvorstand.

Mit-Leipzig, Zentrum und Nordbezirk. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Apfelbaum, Burgstr. 7, Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Die Bezirksvertreter.

DfBezirk. Freitag, den 15. April, abends 7/8 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Bibliothekszimmer. Alle Ortschaften müssen unbedingt vertreten sein.

Südbezirk (gesamter Bezirk 1, 2 und 3). Heute Mittwoch abends 7/8 Uhr, im Bürgergarten zu Gaußsch Bezirksführung.

Leipzig. Donnerstag, abends 7/8 Uhr: Funktionärsitzung im Vater Jahr.

Propagandakommission für die Genossenschaften. Donnerstag, den 14. April, nachmittags 3 Uhr. Sitzung im Parteisekretariat, Tauchaer Straße. Bestimmt und pünktlich erscheinen.

Gruppenrat 7, Holzindustrie. Donnerstag, den 14. April, Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Gruppe 8, Papierindustrie und graphisches Gewerbe. Montag, den 18. April, abends 7 Uhr, Vollversammlung im Volkshaus, Gesellschaftsraum.

Kursus Kipping. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 9.

Kursus Gewerbeschulung. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr, Lehrsaal des Arbeiter-Bildungsinstituts.

Kursus Jenßen. Politische Organisationsfragen, Goldene Krone, Connewitz, Donnerstag, abends 7/7 Uhr. Teilnehmerleiter Kurse über Nationalökonomie sind eingeladen.

Arbeitsbeschaffung bei der Hochwasserregulierung.

Anfang Januar dieses Jahres hat der Rat den Stadtverordneten mitgeteilt, daß er beabsichtigt, die Hochwasserregulierungsarbeiten zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Man hätte erwarten können, daß die Vorarbeiten bis zum Eintritt der gültigen Jahreszeit soweit gefördert waren, daß die Arbeiten aufgenommen werden konnten, sobald es die Witterungsverhältnisse erlaubten. Diese Selbstverständlichkeiten sind aber nicht erfüllt worden, erst am 30. März hat der Rat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, in der er die notwendigen Arbeiten der Hochwasserregulierung aufzählt und die Mittel anfordert. In den Jahren 1911 bis 1917 sind für die Hochwasserregulierung insgesamt 9,4 Millionen RM bewilligt worden. Davon sind noch 3.150.000 RM übrig. Zu dieser Summe fordert der Rat insgesamt noch 6.250.000 RM, wobei er damit rechnet, daß aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge 2,7 Millionen RM gedeckt werden. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, die Beratung seiner Vorlage zu beschleunigen. Dieser Wunsch ist berechtigt, viel besser aber wäre es gewesen, wenn der Rat sich mit seiner Vorlage nicht so viel Zeit gelassen hätte, wozu ihn schon die Rücksicht auf die Arbeitslosen Anlaß geben mußte. Mit der Arbeitsbeschaffung durch den Rat sieht es aber trotz der großen Arbeitslosigkeit sehr schlimm aus. So geht es z. B. trotz aller Bauprogramme auf dem Gebiete des Bauwesens nicht vorwärts. Es fehlt dem Rat die frische Farbe der Entschiedenheit, vielfach hat man den Eindruck, daß beim Rat oder bei den Beamten der Sekundation bis zur Sabotage getrieben wird. Ganz besonders stark sind die Widerstände, die vom Rat gegen die Regierarbeiten aufgetürmt werden. Wir werden noch im einzelnen zeigen, wie bei verschiedenen Abteilungen des Rates die Arbeiten nicht nur verschleppt, sondern soweit es sich um Regierarbeit handelt, geradezu sabotiert werden. Wenn der Rat die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen will, dann muß er in dieser Beziehung einen schnellen Wandel eintreten lassen. Es wird die höchste Zeit, daß der Ratsbetrieb einmal gründlich beaufsichtigt wird.

Wie bauen wir auf?

In den Mitteilungen des Landesvorstandes vom 10. Februar 1921 wird gesagt: Im sozialistischen Aufbau kommt den Gemeinden eine große Bedeutung zu. Die Arbeit unserer Genossen darf sich daher nicht im Kleinen verlieren, sondern muß immer auf das sozialistische Endziel zusteuern. Jeder Gemeindevorsteher ist von der Bedeutung, die den Gemeinden beim Aufbau zukommt, überzeugt und auch von dem Willen durchdrungen, das sozialistische Endziel zu erreichen. Aber alle Erkenntnis und aller guter Wille bringt uns nicht einen Schritt vorwärts, wenn die Grundlagen zum sozialistischen Aufbau und damit zur Arbeit in den Gemeinden fehlen.

Die Ursachen der Untätigkeit sind nicht allein in der schlechten Organisation oder im Verlieren im Kleinen zu suchen, sondern in dem furchtbaren Finanzmangel und der Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden, in der Abhängigkeit vom Reich und Staat, der Preisrevolution auf allen Gebieten, der Arbeitslosigkeit und der schlechten Erwerbsverhältnisse, durch die die Steuerleistung weiter Kreise bis zum äußersten herabgebrückt wird, dazu kommt die Steuerschönung und die Unterstützung der Bekleidenden aus öffentlichen Mitteln, die Erhaltung der Gemeindebureaucratie, die zu keinem Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete zu bewegen ist.

Betrachten wir eine gute und gesunde Gemeindepolitik als die Grundlage einer eben solchen Staats- und Reichspolitik, so müssen die Ursachen der Untätigkeit in den Gemeinden beseitigt werden. Das können aber nicht die Gemeindevorstellungen, das müssen die Staats- und Reichsregierungen tun, soweit das unter den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Unter den Aufgaben, die in den Gemeinden der Lösung harren, seien nur die wesentlichsten genannt: Die Lösung der Ernährungs- und Wohnungsschwierigkeiten macht sich vor allem notwendig. Außerst dringend sind aber auch die Wohlfahrtsaufgaben, die Regelung der Krankenpflege und des Grabniswesens, denn wer heute als Arbeiter nicht über Vermögen verfügt, darf, wenn er sich auch zu verbessern glaubt, nicht mehr leben, will er nicht seine Angehörigen in Not und Elend stürzen. Die Schul- und Erziehungsfragen, Vermittlung, Schulgärten, Arbeitshäuser, Kinderhort, Jugendpflege usw. bedürfen wohl der Lösung, können aber aus finanziellen Gründen auch wenn sozialistische Mehrheiten im Gemeinderat sitzen, in den engen Grenzen einer mittleren und kleinen Gemeinde nicht gelöst werden.

Dieser Zustand bringt in der Einwohnerschaft Erbitterung hervor, die sich aber in den meisten Fällen nicht gegen seine Urheber, sondern gegen die zur Untätigkeit verurteilten sozialistischen Gemeindevorsteher entlädt. Die meisten der angeführten Aufgaben, die, wie bereits gesagt, in den engen Grenzen einer mittleren und kleinen Gemeinde nicht gelöst werden können, würden mit Reichs- und Staatshilfe von einer Vielzahl von Gemeinden, wie wir sie im Bezirksverband haben, gelöst werden können, wenn diese in einheitliche Wirtschaftsgebiete umgewandelt würden, in denen alle Einwohner, wie in der Großstadt, zu den Leistungen gleichmäßig beitragen müßten. Daß heute reine ländliche Gemeinden die Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit und andre die Industriegemeinden belastenden Erscheinungen nicht kennen, bei den heute geltenden Lebensmittelpreisen und der behördlichen Fürsorge durch Prämienzahlungen und dergleichen besser gestellt sind wie vor dem Kriege, ist trotz der feinerweichenden Klagen der „notleidenden“ Landwirtschaft längst erwiesen. Würden alle Gemeinden im Kommunalverband unter Leitung der Bezirksversammlung, die nicht nur Hilfsorgan, sondern auch gesetzgebendes und ausführendes Organ des gesamten Wirtschaftsgebietes werden müßte, unter Kontrolle des Staates gleichmäßig zur Lösung der Aufgaben verpflichtet, so wäre die Grundlage zur praktischen Arbeit und zum Aufbau geschaffen.

Man wird einwenden, daß durch die Erweiterung der Rechte der Bezirksversammlung das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden leidet. Haben aber die mittleren und kleinen Gemeinden, die durch die Steuerabhängigkeit vom Staat und Reich zur Untätigkeit auf allen Gebieten verurteilt sind, überhaupt noch die Möglichkeit, etwas zu bestimmen? Die finanzielle Abhängigkeit in den Industrie- und Arbeitergemeinden ist so groß, daß von einem Selbstbestimmungsrecht gar keine Rede mehr sein kann. Nicht darauf kommt es an, wie und von wem das Bestimmungsrecht ausgeübt wird, sondern was im Interesse der Einwohner geleistet werden kann, und das ist bei der jetzigen Steuerbelastung, durch die die Industrie- und Arbeitergemeinden in den Bankrott zugunsten des Reiches getrieben werden, einfach nichts. Deshalb der Anwalt der notleidenden Bevölkerung gegen die Parteien, die in den Gemeindevorständen die Mehrheit haben. Dieser Anwalt wird von den Bureaucraten alten Regimes und den Reaktionsären mit Erfolg geführt, indem auf die Verhältnisse in den Landgemeinden mit reaktionären Vertretungen verwiesen wird. Deshalb muß es die Aufgabe der Regierung und sozialistischen Parteien Sachens sein, bei der Regelung der Gemeindevorstellung bei der eine Abhängigkeit vom Reich nicht in Frage kommt, diese Sonderstellung der reinen agrarischen Gemeinden zu beseitigen, um die Leute, die die Kriesspolitik betrieben und dadurch die mißlichen Verhältnisse verschuldet haben, mit zu den notwendigen Lasten heranziehen zu können.

Bei dem Finanzmangel des Reiches würde auch eine Freigabe der Steuererhebung durch die Gemeinden nichts nützen. Die Verhältnisse des Reiches, des Staates und der Gemeinden, in denen die oben bezeichneten Aufgaben der Lösung harren, sind so groß, daß bei der heutigen Lohn- und Preispolitik es fast unmöglich ist, in Arbeitergemeinden die hierzu notwendigen Steuerbeiträge zu erheben zu können. Deshalb ist der Zusammenschluß der Gemeinden zu Wirtschaftsgebieten schon längst eine unabdingbare Notwendigkeit geworden.

Katzenkasselle. Bewilligt wurde 1 Million RM. Berechnungsgeld als Gemeindeanteil zu den Unterstützungen an die durch Unfälle in den Märztagen 1920 bedürftig Gewordenen. — Es wurde beschlossen, die Fürsorgestelle für Lungentranke mit Wirkung vom 1. April d. J. ab in städtische Verwaltung zu übernehmen und zur Dedung der ihr im vorigen Rechnungsjahr entstandenen Mehrausgaben 20.000 RM nachzubewilligen, außerdem einen Betriebszuschuß von 20.000 RM für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1921 zu gewähren. — Dem Verein Bahnhofsliste wurden auf den voraussichtlich entstehenden Fehlbetrag 11.000 RM bewilligt.

Die letzte Straße. In einer Elternversammlung in Leipzig fiel in der Aussprache über die weltliche Schule das Wort Pfaffenstium. Sofort erhob sich eine ältere hochgewachsene Frau; sie verließ mitten in der Rede demonstrativ den Saal. Die ganze Versammlung lachte. Schade, daß kein Pfarrer dabei war, er hätte seine helle Freude an der Treue dieser einen Frau gehabt. Er hätte freilich auch konstatieren müssen, daß die große Mehrzahl nicht von dieser Gesinnung befeuert war. Das ist dem Kaiserus bekannt. Deshalb sträubt er sich ja auch gegen die Trennung von Kirche und Staat. Er braucht die Steuergebe, weil er weiß, daß die Christenheit, wenn sie Opfer für die Geistesfreiheit aus eigener Tasche bringen sollte, arg zusammenschrumpfen würde.

Elternratsarbeiten. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie an jeder einzelnen Schule bis zum 17. April beim Schulleiter ihre Kandidatenliste einreichen und die Verbindung mit den Listen der Reichssozialisten und Kommunisten erklären müssen. Die Eingabe der Listen und die Erklärung erfolgt also nicht von der Zentrale aus!

Neu- und Umbauten der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. Man schreibt uns: Die wiederholten Erweiterungen der gesetzlichen Bestimmungen in der Arbeiterversicherung, die Zunahme der Versicherer und die damit in Zusammenhang stehende Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte haben bei der Ortskrankenkasse einen äußerst fühlbaren Mangel an geeigneten Büroräumen mit sich gebracht. Vor allem leidet der Dienstbetrieb darunter, daß zusammenhängende Geschäftsräume nicht an derselben Stelle erledigt werden können. Die Folge hiervon sind für das Publikum wie für die Angestellten vielfache Laufen und Zeitverluste. Vor allem aber ist die Ortskrankenkasse mit den jetzigen Einrichtungen nicht in der Lage, etwaige weitere größere Aufgaben zu übernehmen. Eingehende Beratungen mit Sachverständigen ergaben, daß den Schwierigkeiten nur durch einen Um- bzw. Neubau abgeholfen werden kann. Um hierfür Unterlagen zu erhalten, hat der Kassenvorstand einen Ideen-Wettbewerb unter acht namhaften Architekten ausgeschrieben. Das Preisrichteramt haben in dankenswerter Weise übernommen die Herren Stadtbaurat Dr. Bähring, Geheimer Oberbaurat Dr. Radowski, Baurat Dr. Koch, Baumeister Kreßmar, Kassenvorsteher Brigg, Vorstandmitglied Häuser und Verwaltungsdirektor Ushmann. Eingegangen waren 6 Umbau- und 5 Neubau-Projekte. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen: Je einen 1. Preis zu verleihen dem Umbauprojekt „Platzgestaltung“ und „Jugendhof“, beide von Architekt Otto Droge, Leipzig, den 2. Preis dem Umbauprojekt „Neubau“ und den 3. Preis, dem Umbauprojekt „Gellerstraße“, beide vom Baumeister Schade, Leipzig unter Mithilfe seines Angestellten Architekt Max Voigt.

Vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz, Abteilung Versicherungswesen, wird uns geschrieben: Trotsdem unsere Mitglieder durch Wort und Schrift auf unsere Feuerversicherung aufmerksam gemacht worden sind, scheint es doch, als ob ein großer Teil der Mitglieder noch wenig, zum Teil auch gar nicht von dieser notwendigen Einrichtung unterrichtet ist. Es dürfte doch wohl jedem klar sein, daß bei einem so minimalen Prämienfuß (pro 1000 RM Versicherungssumme 1 RM, plus 25 Prozent Teuerungszuschlag und 0,15 RM Stempelsteuer) die Sorge um die Erhaltung des zur Zeit so teuren Hausstandes seine Versicherung zur Pflicht machen müßte. Keine oder auch nur ungenügende Versicherung kann die Mitglieder in das größte Elend stürzen. Darum, Mitglieder benutzt nur diese hochwertige Einrichtung zur Genossenschaft und versichert euch nicht in kapitalistischen Versicherungen.

unternehmen. Die Adressen unserer Vertrauensleute sind in sämtlichen Kolonialwaren-Verkaufsstellen des Konsumvereins, sowie im Sekretariat, Leipzig-Plagwitz, Zahnstraße 87/89, zu erfahren.

Ueberfluß und Mangel an einer Briefmarke. Die neuen Gebühren der Reichspost, wie sie jetzt dem Reichstag vorliegen, werden die Briefmarken zu 15 Pfg. wieder zu Ehren bringen. Wenn der Reichstag den Beschlüssen des Reichsrats beiträgt, so wird dies die Gebühr für die Druckfächer bis zu 50 Gramm. Die Marke ist eben abgeschafft worden, aber noch vor kurzem in so großen Mengen vorhanden gewesen, daß sie an einzelnen Stellen sogar die Zehnfünnigmarke ohne jeden Ueberdruck ersetzen mußte. Vor einiger Zeit hatte das Reichamt in Leipzig eine große Anzahl von Werbepostkarten für die Frühjahrsmesse zur Verfreimachung der Post übergeben. Die Empfänger waren nicht wenig erstaunt, als sie die Druckfächer mit einer Marke zu 15 Pfg. erhielten. Die Post erklärt jetzt, daß die Druckfächer vom Reichamt richtig mit 10 Pfg. für jedes Stück bezahlt worden sind. Es waren aber nicht genügend Rollen mit Zehnfünnigmarken vorhanden. Andererseits hand es Ueberfluß an Rollen mit Marken zu 15 Pfg. zur Verfügung, die aufgebraucht werden sollten. So ist ein Teil der Sendungen mit einer Marke über die Gebühr befreit worden. Unschätzwert werden auch Briefmarken zu 1,50 RM. für Briefe im Gewicht von 100 bis 250 Gramm nach dem Beschlusse des Reichsrats.

Vom Disbendenlegen in Leipzig. Der Aufsichtsrat der Hugo Schmeider A.-G., Baumdorf-Leipzig, beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Die Bestimmungen über die Gewährung von Baukostenzuschüssen für 1921/22, sowie die Richtlinien des Ministeriums des Innern, Landeswohnungsamt, über die Erstellung von Kleinhäusern, sind erschienen und bei der Kasse des Baupolizeiamtes, Neues Rathaus, Zwischengasse 3, 259, zum Preise von je 1 RM käuflich zu haben.

Paritätischer Facharbeitsnachweis der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Der Verein Leipziger Buchdruckerbesitzer, die Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten und der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Leipzig, haben ihren paritätischen Facharbeitsnachweis für die graphischen (Buch- und Steindruckerei-) Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen unter dem 1. April 1921 an den städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen. Die Fachabteilung befindet sich im Grundrind Tauchaer Str. 19/21. Sie ist werktags von 8-12 Uhr vormittags geöffnet und telefonisch unter Nummer 5715 zu erreichen.

Vogelstimmen. Die Einzelnachmittage für die am Sonntag vormittag stattfindenden Vorträge zum Studium der Vogelstimmen (Führer: P. Eijert und B. Leonhardt) liegen Donnerstag und Freitag von 6 bis 12 und von 2 bis 6 (Freitag bis 9) Uhr im Naturkundlichen Heimatmuseum (Tröndlinstraße 1, Gewerbaustellung) aus. Die Teilnahme an den Vorträgen ist frei.

Sag. Proletarier-Jugend Stütz. Die Generalversammlung findet heute Mittwoch, den 13. d. M., sondern erst morgen, Donnerstag, den 14. April, statt.

Arbeiter-Speranto-Gruppe, Leipzig. Donnerstag, den 14. April, abends 7/8 Uhr: Monatsversammlung. Bericht von der Konferenz in Hannover. Am 21. April Diskussionsabend.

Lebensmittelfest für Donnerstag, den 14. April.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Ausländisches Weizenmehl: 350 Gramm (2,60 RM.)

festes Tag.

Ausgabe. Kartoffelmehl für Kriegeshilfsbedürftige und Kriegsghinterbliebene in der Markthalle, Galerie, Stand 182, von 4-7 Uhr nachmittags; Buchstaben G-1, (8. und 9. Hof.)

Feinmehl für Kriegeshilfsbedürftige und Kriegsghinterbliebene auf rote und grüne Bezugskarten im Ortsamt für Kriegserfürsorge, Ronnenmühlengasse 8, L. Zimmer 38, vorm. 7/8-1 Uhr; Buchstaben W-2

Büchsenware für Kriegeshilfsbedürftige und Kriegsghinterbliebene auf die vom Ortsamt für Kriegserfürsorge ausgeteilten Bezugskarten; Buchstaben Sch. 9-3, 9-4, 9-5, 9-6, 9-7, 9-8, 9-9, 9-10, 9-11, 9-12, 9-13, 9-14, 9-15, 9-16, 9-17, 9-18, 9-19, 9-20, 9-21, 9-22, 9-23, 9-24, 9-25, 9-26, 9-27, 9-28, 9-29, 9-30, 9-31, 9-32, 9-33, 9-34, 9-35, 9-36, 9-37, 9-38, 9-39, 9-40, 9-41, 9-42, 9-43, 9-44, 9-45, 9-46, 9-47, 9-48, 9-49, 9-50, 9-51, 9-52, 9-53, 9-54, 9-55, 9-56, 9-57, 9-58, 9-59, 9-60, 9-61, 9-62, 9-63, 9-64, 9-65, 9-66, 9-67, 9-68, 9-69, 9-70, 9-71, 9-72, 9-73, 9-74, 9-75, 9-76, 9-77, 9-78, 9-79, 9-80, 9-81, 9-82, 9-83, 9-84, 9-85, 9-86, 9-87, 9-88, 9-89, 9-90, 9-91, 9-92, 9-93, 9-94, 9-95, 9-96, 9-97, 9-98, 9-99, 9-100, 9-101, 9-102, 9-103, 9-104, 9-105, 9-106, 9-107, 9-108, 9-109, 9-110, 9-111, 9-112, 9-113, 9-114, 9-115, 9-116, 9-117, 9-118, 9-119, 9-120, 9-121, 9-122, 9-123, 9-124, 9-125, 9-126, 9-127, 9-128, 9-129, 9-130, 9-131, 9-132, 9-133, 9-134, 9-135, 9-136, 9-137, 9-138, 9-139, 9-140, 9-141, 9-142, 9-143, 9-144, 9-145, 9-146, 9-147, 9-148, 9-149, 9-150, 9-151, 9-152, 9-153, 9-154, 9-155, 9-156, 9-157, 9-158, 9-159, 9-160, 9-161, 9-162, 9-163, 9-164, 9-165, 9-166, 9-167, 9-168, 9-169, 9-170, 9-171, 9-172, 9-173, 9-174, 9-175, 9-176, 9-177, 9-178, 9-179, 9-180, 9-181, 9-182, 9-183, 9-184, 9-185, 9-186, 9-187, 9-188, 9-189, 9-190, 9-191, 9-192, 9-193, 9-194, 9-195, 9-196, 9-197, 9-198, 9-199, 9-200, 9-201, 9-202, 9-203, 9-204, 9-205, 9-206, 9-207, 9-208, 9-209, 9-210, 9-211, 9-212, 9-213, 9-214, 9-215, 9-216, 9-217, 9-218, 9-219, 9-220, 9-221, 9-222, 9-223, 9-224, 9-225, 9-226, 9-227, 9-228, 9-229, 9-230, 9-231, 9-232, 9-233, 9-234, 9-235, 9-236, 9-237, 9-238, 9-239, 9-240, 9-241, 9-242, 9-243, 9-244, 9-245, 9-246, 9-247, 9-248, 9-249, 9-250, 9-251, 9-252, 9-253, 9-254, 9-255, 9-256, 9-257, 9-258, 9-259, 9-260, 9-261, 9-262, 9-263, 9-264, 9-265, 9-266, 9-267, 9-268, 9-269, 9-270, 9-271, 9-272, 9-273, 9-274, 9-275, 9-276, 9-277, 9-278, 9-279, 9-280, 9-281, 9-282, 9-283, 9-284, 9-285, 9-286, 9-287, 9-288, 9-289, 9-290, 9-291, 9-292, 9-293, 9-294, 9-295, 9-296, 9-297, 9-298, 9-299, 9-300, 9-301, 9-302, 9-303, 9-304, 9-305, 9-306, 9-307, 9-308, 9-309, 9-310, 9-311, 9-312, 9-313, 9-314, 9-315, 9-316, 9-317, 9-318, 9-319, 9-320, 9-321, 9-322, 9-323, 9-324, 9-325, 9-326, 9-327, 9-328, 9-329, 9-330, 9-331, 9-332, 9-333, 9-334, 9-335, 9-336, 9-337, 9-338, 9-339, 9-340, 9-341, 9-342, 9-343, 9-344, 9-345, 9-346, 9-347, 9-348, 9-349, 9-350, 9-351, 9-352, 9-353, 9-354, 9-355, 9-356, 9-357, 9-358, 9-359, 9-360, 9-361, 9-362, 9-363, 9-364, 9-365, 9-366, 9-367, 9-368, 9-369, 9-370, 9-371, 9-372, 9-373, 9-374, 9-375, 9-376, 9-377, 9-378, 9-379, 9-380, 9-381, 9-382, 9-383, 9-384, 9-385, 9-386, 9-387, 9-388, 9-389, 9-390, 9-391, 9-392, 9-393, 9-394, 9-395, 9-396, 9-397, 9-398, 9-399, 9-400, 9-401, 9-402, 9-403, 9-404, 9-405, 9-406, 9-407, 9-408, 9-409, 9-410, 9-411, 9-412, 9-413, 9-414, 9-415, 9-416, 9-417, 9-418, 9-419, 9-420, 9-421, 9-422, 9-423, 9-424, 9-425, 9-426, 9-427, 9-428, 9-429, 9-430, 9-431, 9-432, 9-433, 9-434, 9-435, 9-436, 9-437, 9-438, 9-439, 9-440, 9-441, 9-442, 9-443, 9-444, 9-445, 9-446, 9-447, 9-448, 9-449, 9-450, 9-451, 9-452, 9-453, 9-454, 9-455, 9-456, 9-457, 9-458, 9-459, 9-460, 9-461, 9-462, 9-463, 9-464, 9-465, 9-466, 9-467, 9-468, 9-469, 9-470, 9-471, 9-472, 9-473, 9-474, 9-475, 9-476, 9-477, 9-478, 9-479, 9-480, 9-481, 9-482, 9-483, 9-484, 9-485, 9-486, 9-487, 9-488, 9-489, 9-490, 9-491, 9-492, 9-493, 9-494, 9-495, 9-496, 9-497, 9-498, 9-499, 9-500, 9-501, 9-502, 9-503, 9-504, 9-505, 9-506, 9-507, 9-508, 9-509, 9-510, 9-511, 9-512, 9-513, 9-514, 9-515, 9-516, 9-517, 9-518, 9-519, 9-520, 9-521, 9-522, 9-523, 9-524, 9-525, 9-526, 9-527, 9-528, 9-529, 9-530, 9-531, 9-532, 9-533, 9-534, 9-535, 9-536, 9-537, 9-538, 9-539, 9-540, 9-541, 9-542, 9-543, 9-544, 9-545, 9-546, 9-547, 9-548, 9-549, 9-550, 9-551, 9-552, 9-553, 9-554, 9-555, 9-556, 9-557, 9-558, 9-559, 9-560, 9-561, 9-562, 9-563, 9-564, 9-565, 9-566, 9-567, 9-568, 9-569, 9-570, 9-571, 9-572, 9-573, 9-574, 9-575, 9-576, 9-577, 9-578, 9-579, 9-580, 9-581, 9-582, 9-583, 9-584, 9-585, 9-586, 9-587, 9-588, 9-589, 9-590, 9-591, 9-592, 9-593, 9-594, 9-595, 9-596, 9-597, 9-598, 9-599, 9-600, 9-601, 9-602, 9-603, 9-604, 9-605, 9-606, 9-607, 9-608, 9-609, 9-610, 9-611, 9-612, 9-613, 9-614, 9-615, 9-616, 9-617, 9-618, 9-619, 9-620, 9-621, 9-622, 9-623, 9-624, 9-625, 9-626, 9-627, 9-628, 9-629, 9-630, 9-631, 9-632, 9-633, 9-634, 9-635, 9-636, 9-637, 9-638, 9-639, 9-640, 9-641, 9-642, 9-643, 9-644, 9-645, 9-646, 9-647, 9-648, 9-649, 9-650, 9-651, 9-652, 9-653, 9-654, 9-655, 9-656, 9-657, 9-658, 9-659, 9-660, 9-661, 9-662, 9-663, 9-664, 9-665, 9-666, 9-667, 9-668, 9-669, 9-670, 9-671, 9-672, 9-673, 9-674, 9-675, 9-676, 9-677, 9-678, 9-679, 9-680, 9-681, 9-682, 9-683, 9-684, 9-685, 9-686, 9-687, 9-688, 9-689, 9-690, 9-691, 9-692, 9-693, 9-694, 9-695, 9-696, 9-697, 9-698, 9-699, 9-700, 9-701, 9-702, 9-703, 9-704, 9-705, 9-706, 9-707, 9-708, 9-709, 9-710, 9-711, 9-712, 9-713, 9-714, 9-715, 9-716, 9-717, 9-718, 9-719, 9-720, 9-721, 9-722, 9-723, 9-724, 9-725, 9-726, 9-727, 9-728, 9-729, 9-730, 9-731, 9-732, 9-733, 9-734, 9-735, 9-736, 9-737, 9-738, 9-739, 9-740, 9-741, 9-742, 9-743, 9-744, 9-745, 9-746, 9-747, 9-748, 9-749, 9-750, 9-751, 9-752, 9-753, 9-754, 9-755, 9-756, 9-757, 9-758, 9-759, 9-760, 9-761, 9-762, 9-763, 9-764, 9-765, 9-766, 9-767, 9-768, 9-769, 9-770, 9-771, 9-772, 9-773, 9-774, 9-775, 9-776, 9-777, 9-778, 9-779, 9-780, 9-781, 9-782, 9-783, 9-784, 9-785, 9-786, 9-787, 9-788, 9-789, 9-790, 9-791, 9-792, 9-793, 9-794, 9-795, 9-796, 9-797, 9-798, 9-799, 9-800, 9-801, 9-802, 9-803, 9-804, 9-805, 9-806, 9-807, 9-808, 9-809, 9-810, 9-811, 9-812, 9-813, 9-814, 9-815, 9-816, 9-817, 9-818, 9-819, 9-820, 9-821, 9-822, 9-823, 9-824, 9-825, 9-826, 9-827, 9-828, 9-829, 9-830, 9-831, 9-832, 9-833, 9-834, 9-835, 9-836, 9-837, 9-838, 9-839, 9-840, 9-841, 9-842, 9-843, 9-844, 9-845, 9-846, 9-847, 9-848, 9-849, 9-850, 9-851, 9-852, 9-853, 9-854, 9-855, 9-856, 9-857, 9-858, 9-859, 9-860, 9-861, 9-862, 9-863, 9-864, 9-865, 9-866, 9-867, 9-868, 9-869, 9-870, 9-871, 9-872, 9-873, 9-874, 9-875, 9-876, 9-877, 9-878, 9-879, 9-880, 9-881, 9-882, 9-883, 9-884, 9-885, 9-886, 9-887, 9-888, 9-889, 9-890, 9-891, 9-892, 9-893, 9-894, 9-895, 9-896, 9-897, 9-898, 9-899, 9-900, 9-901, 9-902, 9-903, 9-904, 9-905, 9-906, 9-907, 9-908, 9-909, 9-910, 9-911, 9-912, 9-913, 9-914, 9-915, 9-916, 9-917, 9-918, 9-919, 9-920, 9-921, 9-922, 9-923, 9-924, 9-925, 9-926, 9-927, 9-928, 9-929, 9-930, 9-931, 9-932, 9-933, 9-934, 9-93

Kleine Chronik.

Zur diesjährigen Maierei sind als künstlerische Werbemittel ein Plakat und eine Werbefarste in einer Postkartenreihe angefertigt worden. Das Plakat zeigt einen Freiheitskämpfer, der die Kette der gesellschaftlichen Unterdrückung gesprengt hat, und nun als Sieger der befreiten Menschheit die Gaben des Sozialismus zu bringen eilt.

Schauspielhaus. Anni Samjans Schauspiel Vom Teufel geholt, das am Sonnabend in einer Inszenierung frei im Saal zur Erstaufführung kommt, ist in den Hauptrollen besetzt mit Lina Carstens (Frau Gihle), Grete Doerpelius (Hannjann), Hanns Steiner (Blumenfeld), Georg Knauff (Koch), Peter Bött, Bernhard Wildenhain (Der alte Gihle), Otto Glöckel (Friedrich).

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft, Schillerstraße 10, den 2. und 3. April, abends 7 Uhr, Vortrag von Herrn Professor Frey über die Entwicklung des Werkzeuges. Gäste willkommen.

Aus der Umgebung.

Markranstädt. Funktionäre und Elternräte! Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, in der Turnhalle wichtige Besprechung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Markranstädt. Die Einzelbildungsstellen für das Arbeiterbildungsinstitut zur Erlangung von Anrechnungen liegen nur noch heute und morgen, den 14. April, beim Genossen Hermann Engelhardt, Markranstädt, Schleibner Straße 15 aus.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Die gestrige, an sich ziemlich unbedeutende Tagesordnung brachte die Wälder in der sächsischen Landstube wieder einmal in heftige Aufregung. Zunächst korrigierte das Plenum einen Zufallsbeschluss des Rechtsausschusses, indem der Landtag gegen die Bürgerlichen Stimmen eine aus dem Jahre 1884 stammende Vollziehung der Besetzung der Konsumante befestigte.

Den gestrigen und unbedeutlichen politischen Schieber von „vornehmer Gesinnung“ reden zu hören. Mit Recht lehnte es Minister Reichner ab, sich mit Herrn Wagner über vornehme Gesinnung zu unterhalten.

Den Schluß bildete eine kommunalistische Anfrage über angebliche Mißstände in der Landesbibliothek in Chemnitz-Altenvorstadt. Herr Stewert, der die Anfrage begründete, wußte aus eigener Erfahrung darüber nichts, sondern berief sich auf einen Artikel der Chemnitzer Volkszeitung, die nach den Feststellungen vom Regierungssitz annehmend einer Mißbilligung zum Opfer gefallen ist.

Errichtung eines Gewerbeaufsichtsamts in Glauchau.

In Glauchau ist Anfang April ein Gewerbeaufsichtsamts neu errichtet worden und in Wirkfamkeit getreten. Es umfaßt u. a. die Städte Glauchau, Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein-Gallmiersberg, Meerane, Waldenburg, die Amtshauptmannschaft Glauchau und einen Teil der Amtshauptmannschaft Stollberg.

Wauen. Der fünffache Mörder Richard Mödel aus Köhnitz, der vor einigen Monaten in Leipzig verhaftet worden war, hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Delsnitz. In der Nähe von Pössel auf der Straße von Delsnitz nach Hof hat sich ein schweres Automobilunfall ereignet. Der 44 Jahre alte Holzhändler Max Frick aus Chemnitz wollte mit seinem Auto nach Regensburg fahren, wo er ein Rittergut besitzt.

Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmertum und Lohnabbau.

M. M. Dem Unternehmertum ist es in den letzten Monaten gelungen, die Lohnbewegungen der Arbeiter und Angestellten zum größten Teil erfolglos werden zu lassen. Den ersten großen Stillstand erreichten die Unternehmer vor etwa Jahresfrist, indem sie durch ihre erst kurz vorher gegründete Zentralorganisation deutscher Arbeitgeberverbände eine Beeinflussung der Presse und der Schiedsstellen einleiteten und mit Erfolg durchführten.

In Leipzig war die Wirkung sehr stark, denn der Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände hatte bereits früher in der gleichen Richtung gewirkt und Schlichtungsausschuß und Demobilisierungskommission (stimmen) ohnehin in ihrer Tendenz mit der des Unternehmertums überein.

Es wird entgegengehalten werden, daß ja eine Senkung der Löhne oder ein Lohnabbau noch nicht beabsichtigt worden wäre. Und sehen wir uns kurz die Ausnahmefälle an, die sich in diesen Tagen in der Leipziger Metallindustrie über die von den Unternehmern erfolgte Kündigung des Angebotsentwerfers abspielte und in der die Unternehmer in ihrer Presse, dem Leipziger Neuesten Nachrichten und dem Leipziger Tageblatt Erklärungen veröffentlichten, in denen sie zum Ausdruck bringen, daß ein „Gehaltsabbau“ gar nicht angestrebt sei, so müssen wir die Frage aufwerfen: Versprechen Unternehmer und Schiedsstellen einerseits und Arbeitnehmer andererseits unter „Lohn- oder Gehaltsabbau“ das Gleiche?

Zur Beantwortung dieser Frage übergehend, müssen wir immer wieder daran erinnern, daß die Augenblicksaufgabe der Gewerkschaften nicht nur in der Steigerung des Nominallohnes, d. h. des in der reinen Geldsumme ausgedrückten Lohnsatzes, sondern vor allem in der Steigerung des Reallohnes, d. h. der für eine bestimmte Geldsumme zu erstehenden Warenmenge bestehen muß.

gleichbleibender Lohnsumme herabgesetzt. Der Erfolg der vorjährigen Aktion der Arbeitgeberverbände war für die Unternehmung dadurch gewährleistet, daß bei scheinbarem Preisstillstand ein Stillstand der Lohnbewegungen erreicht wurde.

Seit dem Vorstoß im letzten Sommer ist das Unternehmertum mächtiger geworden. Damals setzte es sich den Stillstand der Lohnforderungen und die damit verbundene, zunächst nicht auffällige Senkung des Reallohnes als Ziel und bediente sich dabei der Schiedsstellen. Heute geht es weiter. Natürlich sucht es sich zunächst die Wirtschaftszweige heraus, in denen es selbst am stärksten ist.

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnhöhungen zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitermehrschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung der angelernten und gelernter Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelernen Arbeiters um 82,2 Prozent im 1. Vierteljahre 1919 vom Lohn des gelernten Arbeiters auf 88,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920.

Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie begangen werden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte, sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau der Löhne hat zunächst bei den Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind.

Das die Leipziger Unternehmer bereits in diesem Sinne wirken, zeigt die schon erwähnte Kündigung des Angebotsentwerfers durch den Verband der Metallarbeiter im Bezirk Leipzig, der früher anders folgen werden. Wollen Arbeiter und Angestellte, solche Aktionen abwehren, dann kann das nur durch die freien Gewerkschaften geschehen, die sich allerdings den Darius der Zerpfitterung, wie sie von kommunistischer Seite betrieben wird, nicht leisten können.

Tarifverhandlungen mit der Reichspostverwaltung. Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Post, Telegraphen- und Fernsprexpersonal, teilt mit: Dienstag, den 12. April, begannen die Tarifverhandlungen für die gesamten Lohnangehörigen der Post- und Telegraphenverwaltung.

Deutscher Kürschnerverband. Selbst von der Jurisdiktion, Maschinen-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen. Donnerstag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr Versammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Leipzig. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr. Wichtige Versammlung im Pantheon.

Groß- und Einzelhandel. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr. Wichtige Versammlung im Pantheon.

Großer Frauenvortrag von Frau Direktor Fischer. Frauenleben. Inhalt: Die Ehe. Warum gibt die erste Liebe, Liebe im es so viele unglückliche Ehen, reifen Alter, freie Liebe. Das Sexualleben der Frau. Prostitution u. Subalternum. Das Recht der Frau auf Glück.

Beucha. Ich beabsichtige, meine Obstplantage in Parzellen von 1000 Quadratmetern zu verkaufen, falls ich genügenden Interessenten finde. Der Boden ist mit Obstbäumen bepflanzt und als Unterkultur für und fertig mit Daser bekleidet. Der Ertrag gehört dem Käufer. Die Plantage ist eingezäunt. Pacht pro Quadratmeter und Jahr 50 Pf.

Ortsverein L.-Möckern. Sonnabend, den 18. April, abends 7/8 Uhr, im Carolabad. Ordentliche Generalversammlung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Leipzig. Freitag, den 15. April 1921, abends 7 Uhr im Café des Volksheiles. Branchenvorversammlung.

Fahrräder. Laufer u. Schläuche. Fahrradzubehör. Fahrradhaus Dietrich. Or. Reparaturwerkst. Fahrrad-Reparatur.

Fahrräder. neu, u. wie neu vorgerichtet. Fahrrad-Zubehör. großer Auswahl allerbilligst. Beyer. Reiterwagen. Damen-Rad m. Torpedo und neuem Gummi z. 21, 6-7 Uhr. Schönef. Dimpelstr. 23, IV.

Fahrräder. Herren-Rad. Damen-Rad. Kinderwagen. Reiterwagen. Fahrrad-Reparatur.

Fahrräder. neu, auf Teilschulung, v. Klingler, L.-Eindennau, G. und/orfer Straße 48, I. r. Mäntel, Schläuche, Laternen billig.

Baugenossenschaft für Eisenbahn-Bedienstete. G. m. b. H. Leipzig-Engelsdorf. Donnerstag, den 21. April, nachmittags 6 Uhr Ordentliche Hauptversammlung.

Umnäh- und Umprehüte für Damen und Herren. bearbeitet erhaltlich, schnell und billig. Hutfabrik Alexanderstraße 15. Gegen Haarausfall. Schuppen, dünnes Saarwuchs, ist u. bleibt stets das Beste.

Apoldaer Wollwaren. 3. Reihe - 3. Block. Sweater in allen Größen u. Farben, gezielte Anläge. Almonos, leibene u. wollene Jackets. Kinderwägen u. nur in besserer Qualität unter den Fabrikpreisen.

Die Reichseinkommensteuer von Rudolph West. - Preis 1.50 RM. Leipziger Buchdruckerei H. O. Landauer Str. 10/21

Billiger Stoff-Verkauf

bei **Gebr. Rockmann**
Dresdner Straße 75

Infolge günstigen Einkaufs und um unseren Kunden etwas ganz Besonderes zu bieten, mit allerhöchster Kalkulation, bieten wir an:

- 140 cm br. braun gestreifter Anzugstoff, extra starke Ware... Meter **33.-**
- 140 cm br. Bosen-Cbeviot... Meter **38.-**
- 140 cm br. kräftiger Anzugstoff, hell, braun, diagonal... Meter **38.-**
- 140 cm br. Anzugstoff, braun und gemischtfarbig... Meter **38.-**
- 140 cm br. Anzugstoff, hellfarbig gemischt, extra haltb. ab. leidet Ware... Meter **43.-**
- 140 cm br. grauer, schwerer Loden... Meter **43.-**
- 140 cm br. Anzugstoff, blau/grau gemultert, solide Qualität... Meter **48.-**
- 140 cm br. Anzugstoff, blaue, extra solide Ware... Meter **53.-**
- 140 cm br. Bosen-Cbeviot, feine Qualität... Meter **53.-**
- 140 cm br. Bosenstoff, Gledbacher Kammgarnware, hellfarbig, Meter **53.-**
- 140 cm br. Anzugstoff, braun/oliv gemultert, sehr schöne Dessins... Meter **53.-**
- 140 cm br. Cbeviot, Covercoat-Farbe... Meter **58.-**
- 140 cm br. Anzugstoffe in 3 verschiedenen, feinen Dessins... Meter **58.-**
- 140 cm breite Anzugstoffe, der neuesten Mode entsprechend... Meter **68.-**
- 140 cm breite Anzugstoffe, der neuesten Mode entspr., helle Dessins... Meter **78.-**
- 140 cm breiter schwarzer Cbeviot... Meter **98.- 88.-**

Von der großen Auswahl sind in den Schaufenstern nur wenige Sachen ausgestellt und bitten wir deshalb, unser Lager zu beäuglichen.

Gummi-Klöse Spezial-Haus für modernen sanitären Bedarf
Leipzig
Hainstraße 17/19

Farben Lacke Malerutensilien

empfehlen zu niedrigen Preisen in großer Auswahl

Theodor Reiche & Co., Leipzig
Pachhofstraße 11/13 (Gewerkschaftshaus).

Vanille-Keks
sind die besten
Ernst Schmeißer Leipzig
Windmühlenstr. 42
Albert-u. Vanille-Keks
Pl. 3.90 Pl. 7.75
Überall zu haben

Aquarien
Terrarien, Tier- und Pflanzen, Holz- und Durchlüftungs-App., Fontänen etc.
A. Glascher, Leipzig, Tauch. Str. 20.
Liste frei. Katalog - Broschüre 800 Abb. 3.- frko. Export. Export.
Fensterglas und Spiegelglas a. Art zu billigsten Tagespreisen Einzel- u. Großverkauf

Saatkartoffeln
wie die Saat - so die Ernte! von handverlesen, reine Sorten frühe und späte sowie alle Blumen-, Gemüse- u. landwirtschaftliche Samenhandl. Aug. Deib
Markthalle Stand 416
Telephon 16181.

Händler kaufen
Scheuer-Tücher
im Fabriklager
Kantstr. 59 Tel. 31188
Hauslerer

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. 1.
Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v.
Beleuchtungs-Körper
Gaskocher, -Herde usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25. 1.
Rüden Futter Reis 1.80
Stirke 2.40
Hühner Kraft-Futter 1.50
Mais la und Reis 1.80
Knochenmehl 2.- 1.40
Weizenmehl 2.80 35
Preise bei 10 Wd. im Str. bill.
Felst, Straßenbahn 1 u. 8.



Besonders preiswerte Bettfedern

- Graue Wildfeder... Pfund **10.50**
- Graue Feder besonders weich und füllkräftig... Pfund **24.00**
- Hellgraue Feder vorteilhaft für Kopfkissen... Pfund **31.50**
- Kleine graue Feder besonders daunig und weich... Pfund **40.00**
- Graue Daunen Gute Qualität... Pfund **62.00**
- Hellgraue Daunen fast weich und sehr flaumig... Pfund **72.00**

Inletts

- Inletts uni roter Federkörper... 130 cm breit **48.00**, 84 cm breit... **30.00**
- Inletts rot, rosa und unirot Körper... 130 cm breit **58.00**, 84 cm breit... **37.50**
- Inletts rot, uni, säureecht, 160 cm breit **72.00**, 130 cm breit **60.00**, 84 cm breit **40.00**

Leinendrelle u. Jacquards
in verschiedenen Mustern und Farben

- Schleißfeder etwas grau, gut füllkräftig... Pfund **37.50**
- Schleißfeder Marke 1, weiß... Pfund **48.00**
- Schleißfeder Marke 2, weiß, gute Qualität... Pfund **58.00**
- Daunenschleiß... Pfund **75.00**
- Weißer Ruffeder rein weiß, daunenreich u. besonders füllkräftig Pfd. 72 - 60 - **50.00**
- Weißer Daunen rein weiß, weich und flaumig... Pfd. 140.- 125.- 112.- 100.- **85.00**

Metallbettstellen in reicher Auswahl, solider Ausführung und bester Lackierung
Matratzen in allen Größen und Ausführungen.

Althoff

Warum kaufen Sie bei mir in Kleinschöcher billiger als in der Stadt?
Weil Speise und Ankoften circa das 20fache geringer sind!

Heute und folgende Tage
Direkt ab Fabrik! - Ohne jeden Zwischenhandel!

3000 Meter Hemdentuch 80 cm breit... **9.50**
2000 Meter Hemdenbarhent 80 cm breit... **9.50**
(sonstiger Verkaufspreis 13.- und 14.- M.)

Rein Schirting, sondern reines 80 cm breites Hemdentuch ohne Stärke!
Eigene Wäsche-, Schürzen- und Stutzen-Fabrikation!
Mahlmehlmühle für Damen u. Kinder. 10 Jahre am Platze. 25jähr. Fachkenntnis.

86 D. Dähne vormals **Martha Wagner** **86**
Sicherstr. Leipzig-Kleinschöcher
Straßenbahn 1 u. 3 bis „Goldner Adler“, S.-Kleinschöcher
Telephon 40688. Bitte Schaufenster beachten! Telephon 40688.

Ausverkauf

wegen Geschäftsveränderung zu bedeutend zurückgesetzten Preisen

Emil de Veer

Peterstraße 38

Spitzen - Stickereien Posamenten

Alle Artikel zur Damen-Schneiderei

Halte Sprechstunden:
Werktags 1-3 und 4-6 Uhr, Sonntags 10-12 Uhr
Tierarzt Dr. Prein
Spezialarzt für Hunde u. kleine Haustiere
Leipzig, Kantstr. 41.

Plötzlich und unerwartet ist der Tod nach kurzem schwerem Leiden, infolge Operation, meine lebenslustige herausgute Frau, liebe Mutter unserer Kinder **Margareta Müller geb. Mutterlose** im 37. Lebensjahre aus unserer Mitte. In tiefem Weh
L. Anger, Rörthstraße 81, III.
Witwetur **Niholm Müller** und Kinder im Namen aller Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag 3 Uhr auf dem Trinitatisfriedhof.

Patentanwaltsbüro Sack
Leipzig, Brühl 2.

Für die zahlreiche und herzliche Anteilnahme beim Beimgange unseres geliebten Töchterchens
Johanna
sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten, sowie den lieben Hausbewohnern unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank meinen Kollegen der Eilbotenstelle vom Postamt 13. für ichne Kranzsende. Dir aber, liebe Johanna, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in Dein allruhiges Grab nach.
L. Weilmarsdorf, den 12. April 1921.
Hermann Richter und Frau.